Nr. 265 — Halle a. S., Dienstag den 12. November 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1,65 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage). monatlich 10 Pfennig.
Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 866. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pfennig. Für auswärtige Anzeigen 36 Pfennig. Anzeigen unterm Textteile die Zeile 75 Pfennig.
Anzeigen für die täglige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Der Balkankrieg.

Konstantinopel in Erwartung der Bulgaren.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: Ueber den Krieg ist ja nicht mehr viel zu berichten. Die ganze Situation läßt sich in den Satz zusammenfassen: Wir erwarten hier von Tag zu Tag die Bulgaren. Und wie die Dinge jetzt stehen, würde die christliche Bevölkerung von Konstantinopel, vor allem die Fremdenkolonie, ihre Erscheinen als Erlösung empfinden. Denn man lebt hier in großen Aengsten. Einiger Grund dazu ist gewiß vorhanden. Doch das meiste ist Einbildung. Das ganze aber lastet wie ein Alpdruck auf den Gemütern. Sieht man auch ein, daß die Gefahr einer Christenverfolgung heillos übertrieben wird, so sehnt man sich doch nach Befreiung von den eigenen Aengsten.

Die europäischen Schulen schließen eine nach der anderen. Die Kinder wollen zuhause bleiben. Denn man befürchtet Progroms. Das steigert selbstverständlich erst recht die Angst der Bevölkerung. Wenn es dunkel wird, eilen die Geschäftsleute nach ihren Behausungen. Um 7 bis 8 Uhr abends sind die Straßen wie ausgefegt. In dem hellerleuchteten Lokatlian, dem Hauptcafé von Pera, der Journalisten und Politiker, sitzen an den Tischen verlorene Gruppen, die bei jedem Schrei draußen, dem Aufschlagen eines Fensterladens, dem heiseren Ruf irgendeines Straßenkümmels usw. erregt aufspringen und die Hälse recken. Viele sind verreist, viele schicken ihre Frauen fort.

Entschieden bereiten sich die Europäer in weit höherem Maße darauf vor, massakriert zu werden, als die Türken, dieses Massakre auszuführen. Diese übertriebene Angst der Europäer, die vom türkischen Pöbel wahrgenommen wird, wird selbst zu einem Faktor, der die Gefahr heraufbeschwört. Doch gegen das Großstadtgesindel und die Fanatiker von Stambul bietet die Regierung unzweifelhaft ausreichenden Schutz. Nur wenn es zu einer Militärrevolte gegen die Regierung kommen sollte, dann wäre es wohl möglich, daß diese Kämpfe von Ausschreitungen muselmanischer Massen begleitet sein würden. Die Hauptgefahr aber droht bei der Demobilisation oder gar, wenn die flüchtenden Armeemassen die Straßen der Hauptstadt überfluten sollten. Wird der Armeeverband, der diese bewaffneten Leute zusammenhält, aufgelöst, dann kann ihnen auch die Regierung nicht mehr Stand halten.

Die Mächte haben nun die Erlaubnis erhalten, je ein zweites Kriegsschiff zu den bereits stationierten nach Konstantinopel zu bringen. Das englische Schiff ist bereits angekommen, das französische wird jede Stunde erwartet.

Eine andere Not macht sich von Tag zu Tag schärfer fühlen. Das ist die Brotnot. Erst trat sie nur gelegentlich auf und war auf einzelne Stadtteile beschränkt. Jetzt wird sie allgemein, denn das Brot wird vom Militärkommando den Bäckereien abgenommen, um für die Armee verwandt zu werden. Das Brot wird auf die Militärfuhrwerke verladen, und zwei Soldaten nebst einem Polizisten geben acht, daß nicht etwa ein Brotlaib vom Bäcker an seine Kundschaft abgegeben wird. Um Brot zu erlangen, gebrauchen die Einwohner im Einverständnis mit den Bäckern recht abenteuerliche Schmuggeltricks. Es ist ausgerechnet worden, daß die Bäckereien Konstantinopels etwa 250 000 bis 300 000 Kilogramm Brot täglich liefern können, von denen aber 200 000 Kilogramm von der Militärverwaltung beschlagnahmt werden. Der Rest reicht nicht aus, um die Bevölkerung zu ernähren, wird aber außerdem sehr ungleichmäßig verteilt. Denn die Wohlhabenden bekommen schließlich alles, was sie brauchen, — um so weniger verbleibt den Massen der Armen.

Außerdem beginnt es an Mehl und an Getreide zu mangeln. Denn die Zufuhr aus Anatolien unterblieb, weil die Eisenbahn ausschließlich für Mobilisationszwecke gebraucht wurde, die Zufuhr vom Meere wurde infolge des Wegbleibens der griechischen Schiffe eingeschränkt. Jetzt ist die anatolische Eisenbahn freigegeben worden, und die Stadtverwaltung sowohl wie die Eisenbahndirektion ermahnen öffentlich die Händler, möglichst schnell Getreide zuführen zu lassen.

Eine furchtbare Gefahr droht der Hauptstadt durch die Bulgaren. Die Wasserleitung Konstantinopels mündet nämlich bei Derlos, das sich an den Positionen befindet, um die jetzt gekämpft wird. Wenn sich die Bulgaren in den Besitz der Wasserquellen setzen, so können sie die Wasserzufuhr nach Konstantinopel abschneiden. Das wäre nun freilich der friedlichen Bevölkerung einer Millionenstadt gegenüber eine Bestialität, an die man selbst in unserem Zeitalter, der durch die Zivilisation raffinierten Grausamkeit, kaum zu denken vermag.

Die Erfolge und Absichten der Bulgaren nehmen in den Augen der hiesigen Bevölkerung phantastische Formen an. Schon sieht man das goldene Kreuz wieder; errichtet auf der Aghia Sophia! Man spricht davon, daß die Bulgaren, die ja bereits bis zum Marmarameer gelangt sind, die Absicht haben, bis zu den Dardanellen vorzudringen, die Forts zu erobern und sich in den Besitz der Meerengen zu setzen.

Wer weiß! — —

*

Eine Kundgebung der türkischen Regierung.

Konstantinopel, 10. November. Die Pforte gibt folgendes bekannt: Der mit den vier Balkanstaaten begonnene Krieg ist nicht zu dem gewünschten Erfolge gelangt. Die Ostarmee hat die Notwendigkeit erkannt, (!) sich auf die Verteidigungslinie von Tschataldscha zurückzuziehen, wo sie ihre Konzentrierung vollendet. Da diese Verteidigungslinie sozusagen das Tor der Hauptstadt bildet, ist die Anwesenheit des Feindes vor dieser Linie von großer Bedeutung! denn schon die Möglichkeit eines Mißerfolges in dem Kampfe vor den Toren der Hauptstadt ist geeignet, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die Regierung verabsäumt nichts, hinsichtlich der Verteidigung und wahrt die Rechte und Interessen der Türkei. Sie mußte aber auch zu diplomatischen Maßnahmen greifen, um die Hauptstadt des Reiches zu schützen. Die erste Bedingung hierfür ist, daß jedermann seine persönlichen Meinungen und Angelegenheiten opfert und Handlungen vermeidet, die in gewöhnlichen Zeiten nur geringen Schaden verursachen würden. Die Regierung konnte es nicht unbeachtet lassen, daß einzelne Personen eigennützige Zwecke verfolgen, und einige leichtsinnige Köpfe falsche Gerüchte verbreiten, die geeignet wären, die Verteidigung der Hauptstadt zu durchkreuzen. Diese Gerüchte haben einige auswärtige Staaten veranlaßt, das Ersuchen zu stellen, zu gestatten, daß nach Konstantinopel provisorisch Kriegsschiffe entsendet werden. Die Kaiserliche Regierung hat, obwohl sie alle Maßnahmen ergriffen hat, für gut befunden, diesem Ersuchen stattzugeben. Das zeigt jedoch, daß die Verbreitung falscher Nachrichten ein Verrat, ja sogar ein Verbrechen ist. Die Regierung ist entschlossen, diejenigen streng zu bestrafen, die wissentlich oder unwissentlich derartige Gerüchte in die Welt setzen oder verbreiten, und ernste Maßnahmen gegen jeden Versuch zu ergreifen, Beunruhigungen hervorzurufen. Die gegenwärtige Regierung wird in dem Wunsche, dem Wohle des Vaterlandes zu dienen, fest und ohne Zögern handeln. Schließlich richtet das Communiqué an die Presse die Aufforderung, nur ernsten Artikeln in ihren Spalten Raum zu geben.

Der Kampf um die Tschataldschalinien.

Die Darstellung, daß die Tschataldschabefestigungen, dieses letzte türkische Bollwerk vor Konstantinopel, von den anstürmenden Bulgaren bereits durchbrochen worden seien, scheint nicht zutreffend zu sein. Den letzten Meldungen zufolge dauern die Kämpfe, die ungemein blutig sein sollen, noch an und die türkische Armee soll sogar teilweise zum Angriff übergegangen sein. Die frischen, aus Kleinasien eingetroffenen Truppen sollen sich sehr tapfer schlagen; indes werden auch sie nicht mehr imstande sein, die Mutlosigkeit des demoralisierten Teiles der türkischen Ostarmee derart zu beeinflussen, daß es den Türken gelingen könnte, dem bulgarischen Vormarsch auf Konstantinopel zum Stehen zu bringen. Es kann sich höchstens um einen Widerstand von einigen Tagen handeln, der an dem endgültigen Schicksal der Türkei nichts mehr zu ändern vermag.

Wir verzeichnen die folgenden Meldungen:

Konstantinopel, 10. November. Nach sicheren, hierher gelangten, aber offiziell nicht bekanntgegebenen Nachrichten ist die Situation der türkischen Armee an der Tschataldschalinie eine sehr schlechte. Es scheint kaum möglich, daß die Armee sich noch aufraffen und die Linie siegreich behaupten sollte. Das jungtürkische Komiteeblatt Tasviri Offkar erklärt erneut, das osmanische Volk wolle keinen Frieden und werde den Krieg bis aufs äußerste fortsetzen.

Wien, 10. November. Der Kriegsberichterstatter der Wiener Reichspost meldet über die Operationen der bulgarischen Armee: Ueber den Kampf um die Linie von Tschataldscha darf (!) ich nur mitteilen, daß die bulgarische Angriffsaktion erfolgreich fortschreitet. Die bulgarischen Truppen haben weitere Vorpositionen genommen. Der entscheidende Stoß soll mit solcher Gewalt geführt werden, daß die bulgarischen Truppen gleichzeitig mit den fliehenden Türken vor den Forts von Konstantinopel eintreffen. Durch die unverzügliche Besetzung der Stadt sollen sowohl die diplomatische Einmischung wie die drohenden Christenmassakres verhindert werden.

Konstantinopel, 10. November. Es verlautet bestimmt, daß **die Bulgaren Rodosto und Eregli am Marmarameer besetzt haben.**

Konstantinopel, 11. November. Privatnachrichten zufolge rückte ein Teil der türkischen Ostarmee, der sich in Tschorlu befand, gestern bis Lüle-Burgas vor und geriet in einen Kampf mit der bulgarischen Truppen, wobei die Türken große Verluste erlitten haben sollen. Die Blätter melden, daß das Hauptquartier wieder nach Tschorlu verlegt worden ist, was als ein Beweis dafür betrachtet wird, daß die bei Tschataldscha stehende Armee sich nicht auf die Defensive beschränkt, sondern auch die Offensive ergreifen wird.

Adrianopel vor der Kapitulation.

Wien, 10. November. Der Reichspost wird von ihrem Kriegskorrespondenten aus dem bulgarischen Hauptquartier gemeldet, daß durch die **Besetzung der Forts Kartal und Paleftepe durch die Bulgaren** die weitere Verteidigung Adrianopels „aussichtslos" ist. Infolgedessen wird die Kapitulation stündlich erwartet. Serbische Truppen seien dort bereits eingetroffen. Der Platz könne sich mangels Nahrungsmitteln nicht mehr halten.

Der Kriegsberichterstatter der Wiener Reichspost ergänzt diese Meldungen noch dahin: Die gemeldete Einnahme zweier türkischer Positionen auf der Südostfront des Arianopeler Fortsgürtels durch die Bulgaren erfolgte in der Nacht vom 7. zum 8. November. Nach furchtbarem Artilleriefeuer wurde eine Brigade, der weitere Reserven folgten, zum Sturm auf die beiden Forts Kartaltepe und Papaztepe angesetzt. Trotz der türkischen Scheinwerfer und des Geschoßhagels, der den Angreifern entgegenschlug, gelang es der bulgarischen Infanterie schließlich, die beiden Forts zu stürmen. Die Bulgaren zogen sofort Verstärkungen, namentlich Artillerie, nach, wiesen alle Gegenangriffe der Türken zurück und begannen die genommenen Positionen auf der Kehlfront gegenüber Adrianopel zu befestigen. Von den beiden eroberten Forts ist besonders Kartaltepe sehr stark befestigt. Es liegt auf einem 148 Meter hohen Hügel und beherrscht sowohl die Stadt wie die anschließenden Gürtelwerke. Die Einnahme dieser beiden Forts sowie die gleichzeitig erfolgte Erstürmung des Forts Karkaltepe machen die weitere Verteidigung aussichtslos. Die Kapitulation der Festung wird stündlich erwartet.

Eine türkische Darstellung

lautet dagegen weniger pessimistisch:

Konstantinopel, 11. November. Privatmeldungen türkischer Blätter aus Adrianopel besagen, daß die Kämpfe bei Marasch mit Erfolg für die Türken andauern. Durch den türkischen Fesselballon sei festgestellt worden, daß die Bulgaren sich zurückziehen. (?) Die schwere bulgarische Batterie bei Albunar sei von der türkischen Artillerie zum Schweigen gebracht worden.

Eine Niederlage der Montenegriner?

Cattaro, 10. November. Bisher noch nicht bestätigte Privatmeldungen besagen, daß Essed Pascha den Montenegrinern bei Skutarie eine sehr schwere Nierlage beigebracht haben soll. Die Kolonne des Erbprinzen Danilos werde durch die Malissoren hart bedrängt.

*

Der österreichisch-serbische Konflikt.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Oesterreich und Serbien über einen Zugang Serbiens zum und drei Häfen am Adriatischen Meere, die Serbien fordert, haben die Gefahr eines europäischen Krieges wieder in bedrohliche Nähe gerückt. Besteht Serbien auf seiner durchaus berechtigten Forderung — und es scheint so — und gibt Oesterreich nicht nach, dann vermag kein Mensch zu sagen, was daraus folgen wird.

Das Verlangen Oesterreichs, Serbien solle auf seine Forderung verzichten, ist nicht nur eine grobe Unverschämtheit, sondern seine Erfüllung hieße nichts anderes, als sich Oesterreich mit Haut und Haaren verschreiben, für alle Zeiten in dessen wirtschaftlichen und politischer Abhängigkeit zu verbleiben. Aber gerade davon will sich ja Serbien, dem die Abhängigkeit und der Druck von Oesterreich nachgerade unerträglich geworden ist, freimachen. Der Zugang zum Meere, den ihm Oesterreich verwehren will, ist zu einer wirtschaftlichen, zu einer Lebensnotwendigkeit des serbischen Volkes geworden, und gerade deshalb wird die Forderung auch mit leidenschaftlicher Energie gestellt und verfochten. Jetzt oder nie, sagt sich Serbien ganz richtig, ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir unseren so lang gehegten Wunsch verwirklichen können. **Oesterreich aber arbeitet durch seine provokatorische Herausforderung und durch seine durch nichts gerechtfertigte Zumutung an Serbien darauf hin, Serbien dauernd zu einem österreichischen Vasallenstaat zu machen und ihm seine Entwicklungsmöglichkeiten zu unterbinden.**

Wenn die Kriegshetzer in der Donaumonarchie glauben, daß mit einer solchen Machtpolitik den Interessen des österreichischen Kapitalismus besser gedient sei, als wenn Oesterreich durch gute Handelsverträge ein freundschaftliches Verhältnis zu Serbien aufrecht erhält, so erscheint das zunächst ja als eine reine österreichische und eine Frage der guten oder schlechten Politik. Aber verbrecherisch und wahnwitzig wird diese Politik von dem Moment an, wo man ernstlich mit dem Gedanken spielt, um solcher Bagatellen willen etwa einen europäischen Krieg heraufzuschwören und die Völker Europas wegen der Interessen österreichischer Kapitalisten und wahnwitziger Großmachtpolitiker Tod und Verderben zu bringen. Und in Oesterreich scheint man in der Tat zu glauben, daß Deutschland und Italien diese verbrecherische Politik eventuell mit dem Blute und Leben des deutschen und italienischen Volkes unterstützen würde. Der Satz in der offiziösen Kundgebung nach der Besprechung der Dreibundmächte in Berlin, „daß sie („die verbündeten Regierungen") nicht gewillt sind, sich in die Entwicklung der Dinge im Orient einzumischen, **solange sie nicht von den Nächstinteressierten durch irgendwelche Ereignisse berührt werden"**, läßt eine solche Deutung und Auslegung schon zu. Sie wird noch bestärkt durch ein Telegramm, das die Wiener Allgemeine Zeitung aus Budapest brachte, und in dem es heißt:

Der österreichisch-ungarische Gesandte, v. Ugron, ist mit neuen Weisungen nach Belgrad zurückgekehrt. Sonnabend wird er vor dem Ministerpräsidenten Pasitsch erscheinen, um diesem mitzuteilen, daß Oesterreich-Ungarn von dem Bestreben geleitet ist, mit Serbien ein so gutes Verhältnis zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219121112-18/fragment/page=0001

unterhalten, wie es unter dem Grafen Andrassy dem Aelteren der Fall gewesen sei. Oesterreich-Ungarn sei geneigt, die serbische Politik des Grafen Andrassy fortzusetzen, wenn Serbien auch zu seinem damaligen Verhalten zurückkehre und diesbezügliche Garantien biete. Die Belgrader Gesandten Italiens und Deutschlands haben die Weisung erhalten, vor der serbischen Regierung die Solidarität des Dreibundes bei der Regelung des Verhältnisses dahin zu betonen, daß der Dreibund Serbiens Erscheinen an der Küste der Adria als seinen Interessen zuwiderlaufend erachte.

Dazu bringt nun die Kölnische Zeitung folgende offiziöse Beruhigungsnote:

„Was über einen neuen scharfen Schritt Oesterreichs in Belgrad gemeldet wird, ist nach unseren Informationen mit aller Vorsicht aufzunehmen. Die österreichisch-serbische Frage wird von Wien aus nicht ab irato behandelt und nicht überstürzt. Auch die an die Meldung von der Mission des Herrn von Ugron in Belgrad geknüpfte Mitteilung über Schritte der beiden anderen Dreibundsgesandten in Belgrad im gleichen Sinne ist nicht als zutreffend anzusehen. Unbestätigt ist auch die von Berliner Blättern gebrachte Nachricht, daß Frankreich den Zusammentritt einer Balkankonferenz vorgeschlagen habe."

Diese offiziöse Darstellung will gar nichts besagen, wenn die deutsche Regierung den verantwortlichen Leiter der österreichischen Politik nicht unzweideutig zu verstehen gegeben hat, daß um der serbischen Frage willen auch nicht die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten geopfert werden sollen! Denn sobald Deutschland seine Bereitwilligkeit erkennen läßt, die ruchlose österreichische Politik eventuell durch Waffengewalt zu unterstützen, treten Rußland (das hinter Serbien steht!) und Frankreich auf den Plan, und der Weltkrieg ist da!

Gegen ein solch frevelhaftes Spiel mit den Geschicken der Völker hat die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands mit der sozialistischen Internationale alles aufzubieten, um es zuschanden zu machen!

In England wie in Frankreich erklärt man sich übrigens in richtiger Erkenntnis der drohenden Gefahr! für eine internationale Behandlung der serbischen Frage.

*

Die Stimmung in England.

Aus London schreibt man uns: Das Kommen und Gehen der Diplomaten aller Staaten in Downing Street, die eilig zusammengerufenen Kabinettsräte, die leeren Ministersitzsäle selbst bei den wichtigsten Verhandlungen im Unterhause, sind sinnenfällige Anzeichen dafür, daß die internationale Lage ein Stadium erreicht hat, wo sie auch in London Unruhe und Besorgnis verursacht. Der Optimismus, der noch die letzte Erklärung Sir Edwards Greys im Unterhause kennzeichnete, scheint der Nervosität, wenn nicht dem Pessimismus gewichen zu sein. Ueberall fragt man sich: Wird das Veto Oesterreichs auf das Streben Serbiens in Albanien zu verhängnisvollen internationalen Komplikationen führen? Darüber hinaus steigert sich die Unruhe zusehends, wenn man an die nun vor der Tür stehende Entscheidung über das Schicksal Konstantinopels denkt.

Die Radikalen gehen in ihrer Freundschaftlichkeit gegenüber den Balkanstaaten so weit, daß sie alle Ambitionen derselben unbesehen unterstützen, unbekümmert darum, ob sie die Unterjochung der Albanier durch eine neue Fremdherrschaft, oder die Herausforderung des österreichischen Imperialismus bedeuten. Die Preßorgane aber, die mit dem Auswärtigen Amt in besserer Fühlung stehen, verhalten sich viel reservierter. Daraus und aus anderen Anzeichen läßt sich der Schluß ziehen, daß die englische Regierung im Einvernehmen mit der französischen und russischen, die serbischen Wünsche bis zu einem gewissen Grade zu unterstützen gedenkt, aber doch ernstliche Bedenken trägt, es aus diesem Grund zu einem Konflikt mit dem Dreibund kommen zu lassen. Es ist wahrscheinlich, daß die englische Regierung noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen ist. Darauf deutet auch der Umstand, daß die Times das Hauptsprachrohr des Auswärtigen Amts, sich heute darauf beschränken, das Für und Wider der serbischen und österreichischen Ansprüche mit vollkommener sachlicher Ruhe und fast mit Unparteilichkeit auseinanderzusetzen.

Die einzige Stimme des fröhlichen Optimismus kommt aus Budapest von Dr. Dillen an den Daily Telegraph. Er hält es für vollkommen sicher, daß Oesterreich weder die Aufteilung Albaniens noch auch den Zugang Serbiens zum Adriatischen Meer unter irgendwelchen Umständen zulassen werde. Aber er betrachtet es ebenso für ausgemacht, daß Serbien sich zu einer Verständigung mit Oesterreich auf dieser Grundlage bequemen werde. Den unentbehrlichen Zugang zum Adriatischen Meer werde Serbien durch eine österreichisch-ungarisch-serbische Zollunion, der voraussichtlich das autonome Albanien einverleibt werden werde, erhalten. Damit würde natürlich der Plan einer großen Balkanzollunion scheitern. Die Großmächte könnten gegen diese Lösung gewiß nichts einwenden, und Rußland würde auch nicht daran denken können, etwa einen großen Krieg zu provozieren, um Serbien an dieser rein wirtschaftlichen Verständigung mit Oesterreich zu hindern. Der Plan wird von dem mit allen diplomatischen Salben geschmierten Dr. Dillon mit solcher optimistischer Zuversicht dargelegt, daß er Beachtung verdient.

Das Schicksal Konstantinopels nähert sich zusehends der Krise. Die linksliberale Daily News verlangen heute zum erstenmal offen, daß Konstantinopel endgültig in den Händen Bulgariens bleibe. Sie vergessen dabei nicht nur ihren grundsätzlichen Antiimperialismus, sondern auch die unzähligen internationalen und unermeßlichen inneren und äußeren Schwierigkeiten und Gefahren, denen sich Bulgarien damit aussetzen würde, nur um die brennende Begierde Ferdinands, sich als Herrn der Pforte zu sehen, zu befriedigen.

Demgegenüber beschwören die Times Bulgarien von Tag zu Tag mit auffälliger Eindringlichkeit, der Verlockung zu widerstehen. Heute widerlegt das Blatt die angeblichen Gründe, die den Bulgaren den Einzug in Konstantinopel zur Notwendigkeit machen sollen, nämlich den Schutz der Christen in Konstantinopel und die militärischen Erwägungen und warnt die bulgarischen Sieger vor den Gefahren, die ihrer ländlichen Lebenseinfachheit in der demoralisierenden und entnervenden Atmosphäre der kosmopolitischen Metropole drohen. Ernsthafter ist die Warnung des Blattes, daß ein bulgarischer Einzug in Konstantinopel einen großen Gefühlsumschwung in Rußland gegen die Bulgaren hervorrufen und daß Bulgarien unter der Last, plötzlich Millionen neuer und zum großen Teil stammes- und religionsfremder Untertanen zu regieren, zusammenbrechen werde. Die Times schließen mit der kategorischen Forderung, daß Konstantinopel, der Bosporus, das Marmarameer und die Dardanellen in den Händen der Türkei bleiben müssen, nicht als eine Konzession, sondern weil die Interessen aller beteiligten Nationen dies fordern.

Es kann kaum zweifelhaft sein, daß die Times damit den Standpunkt der englischen Regierung aussprechen, und zwar schon mit Rücksicht auf die unberechenbare Wirkung, die die Vertreibung der Türken aus Konstantinopel auf die vielen Millionen Mohammedaner in Indien ausüben würde, unter denen die Erregung schon jetzt eine fieberhafte Höhe erreicht hat.

Rußland droht!

Petersburg, 10. November. In Rußland ist man „sehr gereizter Stimmung" über die drohende Haltung Oesterreichs, welches der serbischen Regierung jegliche Ausdehnung nach dem Adriatischen Meere hin verweigern will. Die Blätter greifen die Politik Oesterreich-Ungarns an und setzen voraus, daß die österreichisch-russischen Beziehungen sehr gespannt sein werden, wenn Oesterreich in seiner Haltung verharrt. Die russische Regierung gewährt nicht allein Serbien einen moralischen Schutz, sondern sie beabsichtigt auch, wenn nötig, **„sehr energisch vorzugehen"**, da sie Serbien nicht ein zweites Mal übergehen will.

Rußlands „Forderungen".

Sofia, 11. November. Aus diplomatischen Kreisen erfährt der Korrespondent der Fr. Ztg., daß Rußland nicht nur auf Konstantinopel, (?) sondern auch auf kleinasiatisches Gebiet der Türkei Anspruch erhebt. In diesen Kreisen wird erzählt, daß England in diesem Falle fest entschlossen ist, zur Wahrung der Integrität der asiatischen Türkei mit der Entsendung seiner Mittelmeerflotte durch die Dardanellen zu antworten. Irgendwelche Unterlagen für diese Behauptungen hat man aber dem Korrespondenten nicht geben können, er übermittelt daher seine Nachricht nur unter strengstem Vorbehalt.

Petersburg, 10. November. Aeußerungen Unterrichteter lassen darauf schließen, daß die in Aussicht gestellten **russischen Kompensationsforderungen** auf das Gebiet von Armenien und den Oberlauf des Euphrats gerichtet sein könnten.

*

Die englische Arbeiterschaft und der Krieg.

Die britische Sektion des internationalen sozialistischen Kongresses hat in ihrer gestern abgehaltenen Sitzung beschlossen, im Einvernehmen mit dem Internationalen Bureau und gleichzeitig mit der Arbeiterschaft in anderen Ländern am Sonntag, den 17. November, **eine große Friedensdemonstration** im Londoner Opernhause abzuhalten. Die Demonstration wird die Großmächte auffordern, sich nicht in den Handel einzumischen, um die Balkanstaaten der Früchte ihres Sieges zu berauben, noch auch irgendetwas zu tun, was das übrige Europa in Mitleidenschaft ziehen könnte. Außer den Wortführern aller Richtungen der englischen Arbeiterbewegung werden auch Vertreter der Internationale an der Demonstration teilnehmen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 11. November 1912.

Die amtliche Fleischteuerungs-Erhebung.

Am 22. November tritt die von der Regierung zusammenberufene Erhebungskommission zusammen, die sich mit der Frage der Fleischteuerung beschäftigen soll. Von unserer Partei ist Genosse Reichstagsabgeordneter Molkenbuhr als Beisitzer zugezogen worden. Den Arbeiten der Untersuchungskommission werden eine Reihe Fragen zugrunde gelegt, die sich auf Preisbildung beim Ankauf von Schlachtvieh, auf Zwischenhandel, Schlachtung und Fleischverkauf usw. beziehen. Die Verhandlungen sollen anscheinend mit einer Generaldebatte eingeleitet werden, die sich um die Frage dreht, wie zurzeit die allgemeinen Verhältnisse im Vieh- und Fleischhandel liegen. Von den wichtigeren sonstigen Fragen, auf die man eine Antwort im kontradiktorischen Verfahren erlangen will, heben wir die folgenden hervor:

Läßt sich eine genaue Kenntnis der Stallpreise erzielen und wodurch? Bestehen Mängel in der heutigen Art des Viehaufkaufs und empfiehlt sich eine Konzentration des Angebots der Viehproduzenten? Welchen Einfluß hat die Einstellung von Magervieh?

Der Fleischabschnitt, der sich mit dem Zwischenhandel beschäftigt, sucht vor allen Dingen Klarheit darüber zu schaffen, ob der Zwischenhandel unentbehrlich ist im Interesse der Versorgung des Marktes mit Vieh.

Im Anschluß daran wird der Fleischabsatz durch Konsumanstalten erörtert. Wichtig sind ferner die Fragen nach der Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen und nach den Erfahrungen, die mit der Organisation des Fleischverkaufs durch die Gemeinden gemacht worden sind.

Hoffentlich wird die Untersuchungskommission nicht verfehlen, aus ihrer Mitte die Fragen beizufügen, die in den Vorschlägen der Regierung vergessen worden sind, die allerwichtigsten Fragen nämlich, welche Wirkung das Einfuhrscheinsystem, das der deutschen Landwirtschaft die billige Viehernährung unmöglich macht, und welche Wirkung das ganze Zoll- und Wirtschaftssystem auf die Preisbildung des Viehes hat. Gerade dieses Wirtschaftssystem ist in allererster Linie verantwortlich für die chronische Lebensmittelteuerung. Und durchgreifende Hilfe ist unmöglich, wenn man sich nicht entschließt, die Hand an dieses Absperrungssystem zu legen.

Das neue Kaiserschiff.

Vor mehr als Jahresfrist ist die Meldung aufgetaucht, daß vom Reichstage die Mittel zum Bau eines neuen Kaiserschiffes verlangt werden sollen, weil die Hohenzollern, die jetzt diesem Zwecke dient, modernen Ansprüchen nicht mehr genüge. Der Meldung war noch hinzugefügt, daß das Modell für das neue Schiff bereits fertiggestellt sei. Das Reichsmarineamt hat damals dieser Mitteilung ein keineswegs eindeutiges Dementi entgegengesetzt. — Wie jetzt verlautet, soll in den kommenden Etat eine erste Rate von 5 Millionen Mark für das neue Kaiserschiff eingesetzt werden, das im Frühjahr 1915 in Dienst genommen werden soll. Begründet wird diese Forderung damit, daß die Seefähigkeit der Hohenzollern nicht mehr derart sei, daß eine Bürgschaft für die Sicherheit des Kaisers an Bord übernommen werden könne. Das Berliner Tageblatt hat sich um Auskunft an das Reichsmarineamt gewandt und von dort die Mitteilung erhalten, „daß eine Vorlage über den Ersatzbau für die Hohenzollern dem Bundesrate noch nicht vorliegt".

Das ist eine glatte Bestätigung obiger Meldung. Der Bundesrat hat sich mit dem Etat des Reichsmarineamts noch nicht beschäftigt und kann deshalb auch zu der neuen Forderung noch keine Stellung genommen haben. Wäre die Forderung nicht beabsichtigt, so hätte das Reichsmarineamt einfach erklären können, daß dem Reichstag eine solche Forderung nicht zugehen werde. Die Reichsverfassung kennt kein besonderes Schiff für die Privatzwecke Wilhelms II. Auch die Hohenzollern ist nicht zu dem Zwecke bewilligt worden, sondern wurde einfach, ohne irgend jemand zu fragen, dem Kaiser für seine Reisen zur Verfügung gestellt. Es ist direkt verfassungswidrig, wenn ein Kriegsschiff auf diese Weise seinem eigentlichen Zweck entzogen wird, und es ist auch in der Verfassung nicht begründet, daß nunmehr für Wilhelm ein neues Schiff gebaut werden soll. Wenn er ein Schiff für seine Privatzwecke wünscht, dann muß er die Kosten hierfür auch selbst übernehmen. Auf keinen Fall darf ein solcher Privatbau zu Lasten der Steuerzahler ausgeführt werden. Wenn diese Forderung wirklich an den Reichstag gelangt, dann wird sie scharfe Auseinandersetzungen auslösen.

Der Papst gegen die christlichen Gewerkschaften.

Die von den Bischöfen „gebilligte" Uebersetzung der „Enzyklika" des römischen Papstes über die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt erschienen. (Siehe auch besondern Artikel.) Ihr Inhalt besagt:

„In katholischen Gegenden sollen nach dem Willen des Papstes überhaupt nur konfessionelle katholische Gewerkschaften gegründet werden; aber auch in nichtkatholischen Bezirken will er katholische Organisationen errichtet wissen, wenn dadurch den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder abgeholfen werden kann. Pius X. mißbilligt es, wenn in solchen Gegenden und in katholischen Landstrichen gemischte Genossenschaften gepflegt und verbreitet werden. Für die Arbeit mit Nichtkatholiken empfiehlt der Papst unter Anwendung aller Vorsicht nicht die interkonfessionelle Organisation, sondern das Mittel des Kartells. Der Beitritt katholischer Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften wird von der Kurie nur unter bestimmten Bedingungen geduldet. Zunächst müssen die den christlichen Gewerkschaften angehörenden katholischen Arbeiter auch Mitglieder der katholischen Arbeitervereine werden. Ferner haben sich die christlichen Gewerkschaften von jeder Theorie und Praxis fernzuhalten, die mit der kirchlichen Lehre oder mit den Geboten der legitimen kirchlichen Obrigkeit im Widerspruche stehen. Drittens dürfen die christlichen Gewerkschaften weder in Schriften, noch in Reden, noch in Handlungen etwas unternehmen, was gegen die Lehren der katholischen Kirche verstößt. Viertens werden die Bischöfe zu Wächtern über das Verhalten der christlichen Gewerkschaften bestellt. Endlich fordert der Papst die katholischen Mitglieder auf, nicht zu dulden, daß die Gewerkschaften als solche bei der Verfolgung ihres Zieles etwas tun, was den vom höchsten kirchlichen Lehramt gegebenen Vorschriften, insbesondere denjenigen der neuen Enzyklika, zuwiderläuft. Die christlichen Gewerkschaften dürfen sich demnach nicht mehr als rein wirtschaftliche Organisationen ausgeben, auch nicht die soziale Frage und die damit zusammenhängenden Kontroversen über das Wesen und die Dauer der Arbeit, über die Höhe des Lohnes und über den Streik rein wirtschaftlich behandeln. Sie dürfen auch nicht die Ansicht vertreten, als könnten diese Fragen unter Außerachtlassung der kirchlichen Autorität beigelegt werden. Der Papst verlangt außerdem, daß alle Handlungen des Christen, also auch die gewerkschaftlichen, auf das letzte, übernatürliche Ziel hinzuordnen sind, und daß sie, insofern sie moralisch gut oder böse sind, dem Urteil und der Jurisdiktion der Kirche unterliegen."

Die gesamte Presse befaßt sich mit diesem päpstlichen Eingreifen. Das Berliner Tageblatt konstatiert, daß der Papst für Deutschland Gesetze erläßt. Erst der Anti-Modernisteneid, dann das Verbot, Geistliche vor das Vorum weltlicher Gerichte zu ziehen und nun das Eingreifen in die Gewerkschaftsfrage. „Der Papst, der den Verlust seiner weltlichen Herrschaft überlieferungsgemäß beklagt, greift in Deutschland, von der Staatsgewalt ungehindert, nach allen Seiten über das kirchlich-religiöse Gebiet hinaus und richtet seine unumschränkte Herrschaft schon im Wirtschaftsleben auf! Soweit hätten es wohl auch Caprivi, Hohenlohe und Bülow nicht kommen lassen, ohne wenigstens den Versuch zu machen, der Klerikalisierung unserer inneren Politik Einhalt zu tun."

Die Deutsche Tageszeitung verurteilt das Eingreifen Roms scharf und schließt ihren Artikel:

„Es wird kommen, wie man es in Rom erwartet: die Bischöfe und die von ihnen geführte Geistlichkeit werden das sinkende Schiff der christlichen Gewerkschaften verlassen und mit sich zu den katholischen Fachvereinen hinüberziehen, was ihnen irgend erreichbar ist und was nicht vorzieht, ins Lager der Sozialdemokratie abzuschwenken. Die Einrichtung der christlichen Gewerkschaften jedoch wird ein sozialgeschichtlicher Begriff bleiben, ein weiterer Name auf der langen Liste der Opfer, die Rom nun schon in Deutschland gefordert hat."

Wie man Polizeigewalthaber „bestraft"!

Vor der Königsberger Strafkammer hatte sich der Kriminalkommissar wegen Mißhandlung eines Kellners zu verantworten. Eines Nachts hatte sich der Herr Kriminalkommissar mit einigen Bekannten nach einem Café begeben, wo er annahm, daß der Kellner, der sie bediente, einen Betrugsversuch machte. Er nahm den Kellner einfach fest und führte ihn zur Wache. Auf dem Hofe des Polizeipräsidiums wurde der Verhaftete geschlagen, so daß er aus Mund und Nase blutete. Dann wurde sein Name notiert, ohne daß dabei der angebliche Betrugsfall mit einem Worte erwähnt wurde. Der Kellner war 14 Tage erwerbsunfähig. Das Gericht erkannte gegen den Herrn Polizeikommissar auf — 200 Mark Geldstrafe. Die Verletzung des Kellners bezeichnete das Gericht als eine leichtfertige. Der Staatsanwalt hatte 300 Mark beantragt.

Das Urteil ist wieder recht bezeichnend für die preußische Rechtsprechung. Wie viele Monate oder Jahre Gefängnis würde wohl der Kellner bekommen haben, wenn er den Herrn Polizeikommissar so blutig geschlagen hätte, daß er 14 Tage dienstunfähig geworden wäre?

Der Streikbrecher in — Notwehr.

Wie erinnerlich sein dürfte, wurde in der Nacht vom 14. zum 15. September dieses Jahres in Burg bei Magdeburg der Schuhfabrikarbeiter Fritsche auf offener Straße durch den berufsmäßigen Streikbrecher Joseph Ruppert erschossen. Am Freitag hatte sich Ruppert vor dem Schwurgericht Magdeburg wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten.

Bei der Firma A. G. Wolf standen seit Mai die Holzarbeiter im Streik. Der 35jährige Tischler Ruppert aus Karlsruhe, der schon früher durch Vermittlung eines Arbeitswilligenagenten in Altona, Hamburg, Dortmund und anderen Orten Streikbrecherdienste getan hatte, trat am 6. September bei der Firma Wolf als Arbeitswilliger ein und wurde in einer Baracke im Fabrikhof einquartiert. In der Nacht zum 15. September gegen 2 Uhr kam er aus einer Wirtschaft nach Hause und begehrte, da er keinen Schlüssel hatte, durch übermäßig lautes Klopfen Einlaß. In diesem Augenblick kam Fritsche mit noch drei Kameraden an dem Fabrikgrundstück vorbei. Einer von Fritsches Begleitern machte dabei zu dem Arbeitswilligen die Bemerkung: „Du kannst wohl nicht rein?" Das nahm dieser gewaltig krumm. Es gab noch eine kurze Rede und Gegenrede und dann feuerte der Streikbrecher zwei Schüsse aus seiner Browningpistole ab, von denen einer den Genossen Fritsche in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191211 2-18/fragment/page=0002

die Brust traf und nach wenigen Minuten seinen Tod herbeiführte.

Ueber die Einzelheiten, wie sich der Vorfall abspielte, gingen die Schilderungen der Beteiligten auseinander. Der Streikbrecher behauptet, daß der Erschossene ihm gedroht, ihm ins Gesicht gespien und mit einem Gegenstand in der erhobenen Hand, vermutlich einem Messer, auf ihn losgekommen sei. In seiner Angst habe er, um den Angreifer kampfunfähig zu machen, erst einen Schreckschuß und dann einen zweiten Schuß gegen den Arm Fritsches abgegeben. Von den drei Begleitern Fritsches hat der eine sich gleich nach dem Beginn des Wortwechsels entfernt. Die beiden anderen sagen aus, der Streikbrecher habe auf die im Vorbeigehen getane Bemerkung: „Du kannst wohl nicht rein?" geantwortet: „Ihr habt wohl lange keine blaue Bohne im A .... gehabt?" Als sie stehen geblieben wären und sich derartige Redensarten verbeten hätten, habe der Streikbrecher sofort die beiden Schüsse abgegeben. Der erschossene Fritsche habe keinerlei Schimpf- und Drohworte ausgestoßen. Ins Gesicht gespien habe er dem Streikbrecher schon deshalb nicht, weil sie von ihm mindestens sechs bis zehn Schritte entfernt gewesen wären.

Der Staatsanwalt Feisenberger beantragte, die Schuldfragen zu verneinen. Die beiden Zeugen hätten „offensichtlich die Unwahrheit" gesagt, wofür dem Staatsanwalt als Beweis einmal kleine nebensächliche Differenzen in ihren Aussagen dienten, und zum anderen der Umstand, daß sie politische Gesinnungsgenossen des Toten" seien. Man dürfe dem Angeklagten glauben, daß er sein Leben gefährdet glaubte, da er aus seinen früheren Erfahrungen heraus allen Grund hatte, die Streikenden zu fürchten. Wenn er sich vielleicht auch nicht wirklich in Notwehr befunden hätte, sei doch in „Putativnotwehr" (vermeintliche Notwehr). Und wenn er die Grenzen der Notwehr überschritten habe, so habe er das in Bestürzung und Schrecken getan. Gewiß sei es bedauerlich, daß durch den Schuß ein junger blühender Mensch zu Tode gekommen sei, aber „nicht den Angeklagten treffe die Schuld", sondern diejenigen, die die Verhältnisse so zugespitzt hätten, daß man wenig waffenkundigen Leuten, wie dem Angeklagten, das Waffentragen zu ihrem Schutze habe erlauben „müssen".

Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung die Schuldfragen, worauf der Gerichtshof gegen den Angeklagten auf Freisprechung erkannte.

Hier wird die alte Erfahrung bestätigt, daß einem Streikbrecher mehr geglaubt wird als einem halben Dutzend vereideten Streikenden. Das ist deutsche Rechtsprechung.

Deutsches Reich.

— **Die Junker diktieren der ohnmächtigen Regierung.** Der mecklenburgische Verfassungsverein hat durch seinen Vorsitzenden, den Rechtsanwalt Sauerwein, dem mecklenburgischen Staatsminister Bossart eine Resolution überreichen lassen, in der verlangt wird, daß in den neuen Verfassungsentwurf das Reichstagswahlrecht für den mecklenburgischen Landtag aufgenommen werden solle. Der Minister erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die jetzige Vorlage weder den Wünschen der Regierung, noch denen des Großherzogs entspreche, man sei nur darauf bedacht gewesen, eine „Verständigung mit der Ritterschaft" zu erzielen. — Diese „Ritterschaft" sind die mecklenburgischen Junker, die gegen jede moderne Verfassung sind, weil sie befürchten, dann in gerechter Weise zur Steuer herangezogen zu werden.

— **Streikende Fleischermeister.** In Detmold traten die Fleischermeister von ihrer Zusage zurück, den Verkauf des Fleisches, das vom Magistrat eingeführt werden sollte, zu übernehmen. Infolge dessen unterblieb zunächst die von der Stadtvertretung beschlossene Fleischversorgung. Die Mehrheit der Stadtverordneten wagte auch nicht, den von sozialdemokratischer Seite beantragten Maßnahmen gegen die Unverfrorenheit der Fleischermeister zuzustimmen.

— **Das Petroleummonopol.** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung geht in ihrem Wochenrückblick auf die Angriffe auf das Monopol kurz ein und teilt mit, daß die Vorlage, die die Zustimmung des Bundesrats bereits gefunden hat, im Laufe dieser Woche veröffentlicht wird. Das Organ des Reichskanzlers bemerkt dazu:

Wenn freilich verschiedentlich die Erwartung ausgesprochen ist, mit der Begründung des Gesetzentwurfs würden auch diejenigen Maßnahmen publiziert werden, die die Regierung zur Vorversorgung Deutschlands mit Leuchtöl getroffen habe oder zu treffen gedenke, insbesondere die mit Außenseitern der Standard Oil Compagnie geschlossenen Vorverträge, so kann diese Erwartung selbstverständlich nicht erfüllt werden. Es versteht sich für den Geschäftskundigen von selbst, daß derartige vorbereitende Maßnahmen geheim behandelt werden müssen. Wie in zahlreichen Fällen ähnlicher Art werden die Mitteilungen erst der vom Reichstag eingesetzten Kommission, und auch nur vertraulich, gemacht werden können.

Es wird dann behauptet, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um zu verhüten, daß das Großkapital sich etwa auf Schleichwegen bereichern kann und außerdem wird versichert, daß nicht beabsichtigt sei, eine Verteuerung des Petroleums eintreten zu lassen.

— **Echter Liberalismus.** Der aus Liberalen zusammengesetzte Magistrat und das Gemeindekollegium der Stadt Hof i. B. übermies trotz Einspruchs der sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Bildung des beantragten städtischen Arbeiterausschusses dem von „oben" protegierten liberal-gelben Verein der städtischen Arbeiter, obwohl dort auch eine Filiale des Gemeindearbeiterverbandes besteht. Bei dieser Gelegenheit bedrohten im Gemeindekollegium führende Liberale allen Ernstes, daß den Gemeindearbeitern so wenig wie den Staatsarbeitern das Koalitionsrecht zustände. — In Arb terfragen ist der nordbayerische Liberalismus selbst mit dem Vergrößerungsglas nicht vom bayerischen Zentrum zu unterscheiden.

— **Notschrei der Veteranen.** Aus Berlin wird gemeldet: Mit der Notlage der Veteranen befaßte sich ein Appell aller in Groß-Berlin lebender Kriegsteilnehmer. Die Beteiligung war sehr groß. Die Versammlung beschloß, in einer Petition an den Reichstag und Landtag zu begehren, daß alle bedürftigen Kriegsteilnehmer den Kriegsinvaliden gleichgestellt werden und Invalidenrente zugebilligt erhalten. Das Vaterland, das die Kriegsteilnehmer mit ihrem Gut und Blut den Reichen so herrlich zurechtgezimmert haben, sorgt in ganz erbärmlicher Weise für die Tapferen.

— **Kleine Notizen.** Amtliches Wahlresultat. In der am 5. November stattgehabten Berliner Reichstagsersatzwahl wurden insgesamt 9505 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Dr. Johannes Kaempf, Stadtältester, (Fortschr. Volkspartei) 4888, Wilhelm Dümell, Stadtverordneter (Soz.) 3840, Kurt Ulrich, Rechtsanwalt (konf.) 587 und Matthias Erzberger, Schriftsteller, (Zentr.), 174 Stimmen. 16 Stimmen sind zersplittert. Dr. Kaempf ist somit gewählt. — In fast allen Kirchenbezirken Groß-Berlins fanden am Sonntage Wahlen statt. Diese zeigten eine außerordentlich starke Beteiligung. Die Liberalen eroberten die Lazarus- und die Samariter-Gemeinde. Alle übrigen bisher in ihrem Besitz befindlichen Mandate bis auf eins in der Apostel Paulus-Gemeinde behielten sie. Man merkte Proteststimmung gegen das Regiment des Oberkirchenrates im Falle Traub. — Keine Diäten für die Bremische Bürgerschaft. Die auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion von der Bremischen Bürgerschaft eingesetzte Kommission zur Prüfung der Frage über Einführung von Diäten lehnte alle eingebrachten Anträge ab. Die Vertreter der privilegierten Klassen und die des Senats erklärten sich prinzipiell gegen jede Aenderung des bisherigen Zustandes der Diätenlosigkeit.

Oesterreich-Ungarn

Ungarische Klassenjustiz. Das Budapester Schwurgericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur des deutschen Parteiorgans Volksstimme wegen eines Aufrufs zur Maidemonstration zu **einem Jahre Gefängnis** und 1000 Kronen Geldstrafe. Die Erbitterung unter der Arbeiterschaft ist groß. Die Volksstimme hat noch elf, die Neupszava noch 18 Prozesse.

Belgien.

Vorbereitungen zum Generalstreik. Um der Forderung des gleichen Wahlrechts Nachdruck zu geben, werden von der sozialistischen Partei Vorbereitungen zum Generalstreik getroffen, die vor allen Parteien und von der Regierung sehr scharf beobachtet werden. Die liberale Chroniqué weist auf eine Konsequenz des kommenden Generalstreiks hin, die bis jetzt kaum jemand bemerkt hat: auf den Rückgang des Bierkonsums. Zwölf Brauereien in La Louvière und Peronne haben im Monat September zwanzig Sude weniger gebraucht als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres. Elf Brauereien in Houdeng, Goegnies, Aimeries und Thieu haben im Monat September 3mal weniger brauen können als in der gleichen Periode des vorigen Jahres. Die belgischen Arbeiter wissen noch von 1902 her, daß der Klerikalismus seine Privilegien mit Nägeln und Zähnen verteidigt und ein entschlossener und langer Kampf notwendig sein wird, um ihn zu überwinden. Dieses Bewußtsein heißt sie, alle nicht notwendigen Ausgaben zu vermeiden und so die erübrigten Groschen zu einem Streikfonds häufen.

Die Brüsseler sozial. Lehrergewerkschaft beschloß, während des Generalstreiks je nach der Gehaltshöhe von 25 bis 50 Prozent des Gehalts an den Streikfonds abzuführen. Dem Beispiel der Arbeiterorganisationen des nördlichen Frankreichs, die eine große Anzahl von Kindern der belgischen Streikenden im Falle des Generalstreiks aufnehmen wollen, haben sich inzwischen auch zahlreiche holländische Organisationen angeschlossen. In Amsterdam wurde für diese Zwecke eine besondere Zentrale geschaffen.

Frankreich.

Ein altes Unrecht gegen die Frauen beseitigt. Der Senat hob in seiner Sitzung am Freitage den Paragraph des Code Napoleon, der den Müttern unehelicher Kinder verbietet, nach dem Vater ihres Kindes zu forschen, auf.

Rußland.

Die russischen Duma„wahlen".

Petersburg, 9. November. Bis Mitternacht waren 437 Dumaabgeordnete gewählt, darunter 146 der Rechten, 16 der gemäßigten Rechten, 64 Nationalisten, 79 Oktobristen, 28 Fortschrittler, 55 Kadetten, 5 Mitglieder der Arbeitsgruppe, 7 Sozialdemokraten, 13 Abgeordnete der Linken, 6 Polenklub, 4 polnische Volksdemokraten, 1 polnischer Sozialist, 3 polnisch-litauische Weißrussen, 2 litauische Nationalisten, 3 Muselmanen und 5 Parteilose.

Aus einigen der grössten Gebild-Webereien kaufen wir

ca. **2000** Dutzend **Handtücher** und **Wischtücher**

enorm billig.

Die Posten bestehen durchweg aus tadellosen, regulären Waren und empfehlen wir, bei den **riesig billig festgesetzten Preisen** Vorrat für Geschenkzwecke, Aussteuern und Hausbedarf zu kaufen. :: ::

Gerstenkorn-Handtücher 48×100 cm, mit roter Kante, solid in der Wäsche ..... 1/2 Dutzend 1.60

Graue Drell-Handtücher 48×110 cm, Halbleinen, schwere Qualität ..... 1/2 Dutzend 2.50

Gediegene vollweisse Drell-Handtücher 48×110 cm, prima Halbleinen ..... 1/2 Dutzend 2.40

Halbleinene Gerstenkorn-Handtücher 48×110 cm, mit Jacquard-Muster, solide Qualität ..... 1/2 Dutzend 3.10

Prima halbleinene Flachsgarn-Handtücher 48×115 cm, moderne Blumenmuster und mit Spruch ..... 1/2 Dutzend 3.75

Reinleinene Jacquard-Handtücher 48×110 cm, gesäumt und gebändert ..... 1/2 Dutzend 3.90

Wischtücher 50×50 cm, kariert, in roten Dessins ..... 1/2 Dutzend 80 Pf.

Wischtücher 57×57 cm, prima Halbleinen, kariert und mit Kante ..... 1/2 Dutzend 1.40

Wischtücher 58×58 cm, prima Reinleinen ..... 1/2 Dutzend 1.75

Wischtücher 60×60 cm, Reinleinen, mit verschiedenen Inschriften ..... 1/2 Dutzend 2.00

Wischtücher Reinleinen, extra schwer, extra gross, 60×80 cm ..... 1/2 Dutzend 3.00 60×60 cm .. 1/2 Dutzend 2.25

Ein grosser Posten Reinleinene Jacquard-Servietten ohne Tischtücher
60×60 cm 1/2 Dutzend 3.30 55×55 cm 1/2 Dutzend 2.50 50×50 cm 1/2 Dutzend 2.20

ca. **15000** Meter **Hemdentuche**

Elsässer Hemdentuch solide Qualität ..... Coupon 10 Meter 3.75

Elsässer Renforcé vorzüglich in der Wäsche ..... Coupon 10 Meter 4.25

Elsässer Renforcé Ia. Qualität, blütenweisse glatte Ware ..... Coupon 10 Meter 5.60

Elsässer Maco-Perkal feinfädige, schneeweisse Qualität ..... Coupon 10 Meter 6.00

Brummer & Benjamin

8789

Halle a. S. Grosse Ulrichstrasse 22-24. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219121112-18/fragment/page=0003

Bestellschein f. d. Leser d. Volksblattes

Von Willbald Wendes Verlag, Berlin W., erhalte ich ..... Exemplare Haussekretär à 3 Mark geg. Nachn. (Porto spare ich) Genaue Adresse:

Umtausch oder Zurückgabe bereitwilligst gestattet.

*4178

Unentbehrlich u. aussergewöhnlich preiswert für jeden Leser des Volksblattes:

Der HAUSSEKRETÄR

ca. 700 Seiten Ganzleinen-Prachtband. Lexikon-Format.

Neues Universal-Handbuch für den gesamten schriftl. Verkehr mit über 1000 Mustern

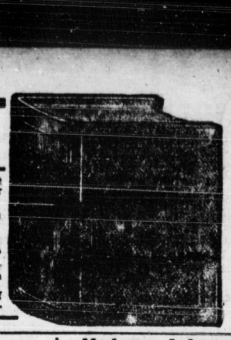
zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Anfertigung von Briefen in allen nur denkbaren Familienangelegenheiten, im Freundschafts-, gesellschaftlichen und Liebesleben, von Glückwünschen, Einladungen, Einsaben an Fürsten, an Regierungs-, Polizei-, Schul-, Gewerbe-, Steuer- und Kommunalbehörden, Klagen und Schriftsätzen in Kriminal-, Privat-, Konkurs- und allen anderen Rechtssachen, von Testamenten, Kontrakten, Leih- und Kaufverträgen, von Schriftsätzen in Militär-, Berufs- und Geldsachen, von Vorlagen zu Geschäftsbriefen aller Art, nebst angefügter Anleitung zum Rechnen mit ganzen, Bruch- und Dezimalzahlen, einem ausführlichen Ratgeber in Zins-, Wechsel- und Scheckwesen, vielen Mustern zu Karten, Telegrammen, Inseraten, zu Schriftstücken in Vereinsangelegenheiten, ferner einer besonderen Erläuterung des neuen Verfahrens vor dem Amtsgericht sowie ein Wörterbuch der neuen Deutschen Rechtschreibung und ein Verzeichnis der gebräuchlichsten Fremdwörter. Gesammelt und herausgegeben unter Mitwirkung namhafter Schriftsteller, Juristen, Handelslehrer und Gewerbetreibender von Dr. Carl Otto. Das umfangreiche Werk enthält, was sein Titel verspricht; wer es besitzt, erspart den privaten Sekretär.

Das Werk wird zu dem äusserst billigen Preise v. nur

3 Mark

an unsere Leser abgegeben. Der Bestellschein ist einzusend. an

Willbald Wendes Verlag Berlin W., Lützowstrasse 31.



Heraus aus der Kirche!

Alle diejenigen, die mit der Religion gebrochen haben, sollten **aus der Kirche austreten.** Der Kirchenaustritt muss mit ein **Protest** werden dagegen, dass die Kirche ihre Einrichtungen und Lehren als hauptsächlichstes Verdummungs- und Ausbeutungsmittel benutzen lässt. Der Kirchenaustritt muss eine **Kundgebung gegen den Gewissenszwang** sein, dagegen, dass wir noch gezwungen werden, unsere Kinder an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Im übrigen dürfte kein nach Aufklärung verlangender Mensch die Kirche noch finanziell unterstützen. Keinen Pfennig mehr für **geistige Fesseln.** Deshalb sofort

Heraus der Kirche!

3735

Austrittserklärungen nehmen entgegen: H. Francke, Gustav Hertzbergstr. 7, p. u. H. Bögel, „Goldene Kette", Alter Markt 11.

Zentralverband der Freidenker Deutschlands, Ortsgruppe Halle a. S.

NB. Für unsere hiesigen Mitglieder findet die regelmässige **Monats-Versammlung** am **Mittwoch, den 13. November,** abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, „Goldene Kette", statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. Thema: Religion und Wissenschaft. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Unsere direkten Importe neuester Ernte sind eingetroffen und vorzüglich ausgefallen

Ausgewählte Mischungen offen das Pfund von Mk. **1.60** bis Mk. **5.00**

auch in Paketen von 10 Pfg. und höher. *1139

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb. // Ueber 1000 Filialen.

Meine Puppenklinik

ist schon mit kranken Puppen überfüllt. Um möglichst jedem Patienten eine sorgfältige Heilung zu garantieren, bitte ich, kranke Puppen umgehend zu bringen.

:: Sämtliche Reparaturen werden von mir selbst ausgeführt ::

Puppendoktor Weibezahl,

obere Leipzigerstr. 66.

3183 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Hierdurch meinen werten Kunden, Freunden u. Bekannten zur gefl. Kenntnis, dass ich mit heutigem Tage

Leipzigerstr. 18 (gegenüber Ritter-Passage)

ein zweites Geschäft meiner

Musik-Instrumenten-Fabrikation u. Handlung

eröffne. Durch Hinzunahme des Verkaufes von

Musikalien *1187

bin ich nunmehr in der angenehmen Lage, allen an mich gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Indem ich um gütige Unterstützung meines neuen Unternehmens bitte, zeichne mit Hochachtung.

Hermann Müller, Musik-Instrumenten-Fabrikation und Handlung, Musikalien, Reparatur-Werkstatt f. a. Instrumente, Gr. Märkterstr. 3 u. Leipzigerstr. 18. Tel. 4188.

Blitzblank von **Hintze**

ist kein Sand, kratzt und schrammt nicht. 3346

2407 **Frauen**

brauchen bei Störung, u. Unregelmäßigkeit, sow. Weißfluß nur **Dr. Scheidig's Salfuerol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 M., Tropfen 6.50, 8—10 M., sow. sämtl. **hygienische Bedarfsartikel** billigst. Fil.-Dep. **Dr. Conrad Scheidig,** Halle a. S., Graseweg 3a. p. l. Damenbedienung. Rückporto.

Essen Sie täglich **Honig,** wenn Sie Ihre Gesundheit erhalt. wollen. **Garant. reinen Blütenhonig,** hervorragend schöne Qualität, Pfd. 90 Pfg., bei 5 Pfd. 85 Pfg. empfiehlt 3737 **Carl Booch,** Breitestraße 1, Marktpl. i. Turm und Leipzigerstraße 61 62.

Hängelampen

besonders billig. 3747

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabattmarken.

Partie neue Dam.-Pelzkragen billig zu verkaufen. Hennicke, Ein- u. Verkaufs-Geschäft, Kl. Ulrichstr. 15. 3513

Löbejün u. Umg.

Dienstag den **12. November** abends 8½ Uhr findet in der **„Guten Quelle"** in **Löbejün** eine

öffentliche Versammlung statt.

Tagesordnung: 3746

Die bevorstehende Stadtverordneten-Ersatzwahl!

Referent: Stadtverordneter **Osterburg,** Halle a. S.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Sozialdemokr. Verein, Holzweißig.

*1181 **Mittwoch den 13. dfs. Mts.** abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Sonntag:

Mitglieder-Versammlung.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Konsum-Verein, Holzweissig und Umg.

Mittwoch (Bußtag) den 20. dfs., nachmittags 2 Uhr im Lokale des Herrn Sonntag:

Fortsetzung d. vertagten General-Versammlung

vom 3. November 1912.

J. A.: **Wilhelm Brünning,** Vorsitzender des Aufsichtsrates.

*1180

3744

Seefische frisch u. billig!

Kabeljau ..... Pfund **23** Pf.

Karbonaden à 30 Pf. | **Grüne Heringe** à 19 Pf.

Schellfisch o. K. à 30 Pf. | **Kleiner Zander** à 75 Pf.

Nordsee, Gr. Ulrichstr. 58. Tel. 3788 und 1275.

Deutschlands grösster Seefischhandel.

TRAGEN SIE KEIN BRUCHBAND.

Nach einer 30jährigen Erfahrung habe ich für Männer, Frauen und Kinder einen Apparat erfunden, welcher Bruch unfehlbar beseitigt. *841

ICH SENDE IHNEN AUF PROBE.

Wenn Sie alles mögliche probiert haben, kommen Sie zu mir. Was anderen misslingt, da habe ich den grössten Erfolg. Senden Sie noch heute beiliegenden Abschnitt, so schicke ich Ihnen postfrei mein illustriertes Buch über Bruch und seine Beseitigung, aus welchem Sie meinen Apparat und Namen vieler Personen ersehen können, welche denselben versucht haben und mir unendlich dankbar sind.

Es hilft sofort, wenn alle anderen Mittel versagen. Vergessen Sie nicht, dass ich weder Salben, noch Harnisch noch Lügen anwende.

Ich fertige es nach Ihrem Mass an und sende es Ihnen unter unbedingter Garantie zu, dass es Ihnen gefällt, oder gebe Ihnen das Geld zurück, und ich habe meinen Preis so niedrig gestellt, dass jedermann, reich oder arm, den Apparat kaufen kann.

Ich sende ihn auch auf Probe, um zu zeigen, dass ich die Wahrheit spreche. Sie können selbst urteilen, und wenn Sie einmal mein illustriertes Buch gesehen und gelesen haben, werden Sie ebenso begeistert davon sein, wie die Tausende meiner Patienten, deren Briefe in meinem Bureau eingesehen werden können. Füllen Sie daher untenstehenden Freicoupon aus und senden Sie ihn noch heute ab.

C. E. BROOKS, welch. seit mehr als 30 Jahren Bruch beseitigt. Falls Sie an Bruch leiden, schreiben Sie ihm noch heute.

Gratis-Informationscoupon.

C. E. BROOKS, D. 432, Bank Buildings, Kingsway, London, W. C., England.

Senden Sie mir bitte in unbedruckten Kouvert Ihr illustriertes Buch und ausführliche Auskunft über Ihren Apparat zur Beseitigung des Bruchs.

Name: .....

Adresse: .....

Provinz: .....

Briefporto nach England ist 20 Pf.

Makulatur

zu haben in der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Moderne Lebensanschauungs-Vorträge der Volkskirchlich-sozialen Vereinigung, Ortsgruppe Halle.

Morgen, Dienstag, d. 12. Nov., abends präzis ½9 Uhr, **Germaniasäle,** Gr. Steinstr. 27/28:

II. Vortrag

von A. von Broecker:

„Die Kirche in den sozialen Spannungen unserer Tage."

Freie Diskussion. Eintritt 10 Pfg.

Religions- und Kirchengegner besonders eingeladen. 3734

Operngläser 3747

vorzügl Fabrikate, sehr preiswert.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabattmarken.

3748

Abbruch!

Brüderstrasse 13

sofort zu verkaufen 10000 Dachziegel, Latten, große eis. Dachfenster, große transportable Kochmaschinen, große Dauerbrandofen (Junker & Ruh) für Rest. u. Säle pass., zweifl. Türen, Stuben- u. Glastüren, Fenster, Bretter, 200 m Bohlen, sehr gut. Bauholz, Balken bis 16 m lang, Brennholz in Fuhren u. Körben, Mauersteine u. viel. mehr, billig zu verkaufen. Bruchsteine sind unentgeltlich abzufahren.

G. Lindner. *1184

Lebertran-Emulsion,

Mövenmarke, bestes Nähr- und Kräftigungsmittel für Kinder, in Flaschen à **1.00** und **2.00** M. bei 3332

Max Otto, Steinweg 26.

Stoff-Reste 1714

zu Anzügen, Hosen und Kostümen, neue Auswahl, empfiehlt preiswert **Agnes Zimmer,** Schweitzkestr. 28

Nur 16 Mk. Ober-, Unterbett u. Kissen, rot. Inlett zu verk. Albrechtstr 16, I, links 3440

Frauen!

Bei Störung und Unregelmäßigkeit wenden sich vertrauensvoll an Frau **P. Brune, Oberhausen,** Rheinland, **Friedenstrasse 14.** Auskunft kostenlos. *901

Bäcker-Laternen

sehr billig. 70 Pfg. 3747

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabattmarken.

Jeden Dienstag: **Schlachte-Fest.** 2406 **O. Grabaum,** Mansfelderstraße 3.

Morgen u. jed. Dienstag 2405 **Schlachtefest.** **Joh. Fischer,** Große Gosenstraße 39.

Morgen, Dienstag **Schlachtefest.** **O. Knoche,** *1183 Robert Franzstr. 7.

Arbeitsmarkt

Hausarbeiterinnen sucht *1186 **S. Frenkel,** Domplatz 9.

300 Mk. monatlich u. mehr 3748

verdient jeder, der unsere Artikel übernimmt für Alleinbezirk; garantiert die Stunde 2 Mk. Jeder ist Käufer. Ausk. umf. **F. W. Teppe,** Böhlitz-Ehrenberg b. Leipzig. 91.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191211 12-18/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 265 Halle a. S., Dienstag den 12. November 1912 23. Jahrg.

Landtagswahlkampf in Württemberg.

Der Wahlkampf in Württemberg, so wird uns von dort geschrieben, der sich seinem Höhepunkt nähert und bei dem es am 16. November zur ersten Entscheidung kommt, zeitigt recht interessante Erscheinungen. Die einzige Partei, die völlig selbständig in den Kampf eingetreten ist und die nach allen Seiten kräftig um sich haut, ist die Sozialdemokratie. Die ehemalige württembergische Demokratie, jetzt ein Bestandteil der Fortschrittlichen Volkspartei, hat bekanntlich mit ihrem früheren Todfeind, den Nationalliberalen, ein Wahlabkommen geschlossen, das das ganze Land mit Ausnahme von vier Bezirken umfaßt und bestimmt, daß in jedem Bezirk nur ein Kandidat gemeinsam von beiden Parteien aufgestellt wird. Auf der andern Seite unterstützen sich die konservativen Bauernbündler und das Zentrum gegenseitig. In allen oberländischen Zentrumsdomänen verzichtet der Bauernbund auf eigene Kandidaten, und wenn im Unterland vereinzelt in bündlerischen Gebieten Zentrumskandidaten auftauchen, so dienen diese lediglich der Stimmenzählung. Ein ernster Kampf zwischen den Blauen und den Schwarzen wird peinlich vermieden, und im zweiten Wahlgang werden sie sich überall einigen. Aber trotz dieser klaren Scheidung der Parteien in drei Heerlager bleibt keine bürgerliche Partei von inneren Friktionen verschont.

Die Konservativen haben alle Mühe, die nötigen Kandidaten aufzubringen. In verschiedenen Bezirken verschwanden die Exforenen ebenso rasch wieder in der Versenkung, wie sie aufgetaucht waren, und gegenwärtig, acht Tage vor dem Wahltermin, treten noch Wechsel in den Kandidaturen ein. Der Reichstagsabgeordnete Vogt-Halle, der bisher den Bezirk Neckarsulm im Landtag vertrat, hat diesen Bezirk aus „Gesundheitsrücksichten" verlassen und versucht nun im Nachbarbezirk Weinsberg sein Glück. Die Gesundheitsrücksichten dieses skrupellosen Wahlmachers, der bei den letzten Wahlen auch die Sozialdemokratie anbettelte, beruhten auf der Besorgnis, daß er in seinem alten Bezirk durchfallen könnte.

Recht lustig geht's im Zentrum zu. In nicht weniger als drei Wahlbezirken stehen sich schwarze Doppelkandidaten gegenüber und in einer Anzahl weiterer Bezirke konnten solche nur mit vieler Mühe verhindert werden. Wie die Zentrumsleitung verschiedene der alten Abgg. auf die Seite schob, so wollte sie auch den bisherigen Vertreter des Oberamts Horb beseitigen. Dieser leistete aber energischen Widerstand. Die Zentrumsleitung stellte ihm darauf einen offiziellen Kandidaten gegenüber und arbeitet nun mit Hochdruck für diesen. Sie traut aber trotzdem dem Wetter nicht, sie kündigt darum an, daß der seitherige Zentrumsabgeordnete im Falle seiner Wahl nicht wieder in die Fraktion aufgenommen werde. Dieser Geächtete hat sich die Gunst der Parteihäupter dadurch verscherzt, daß er sich hier und da ohne die Erlaubnis Gröbers zum Wort meldete, was gegen den Schluß des Landtages dahin führte, daß die ganze Zentrumsfraktion unter Führung Gröbers während einer Rede dieses ihres Kollegen demonstrativ den Saal verließ und erst nach Schluß der Rede wieder eintrat.

Ueber „ein trauriges Schauspiel der Zerfahrenheit und Uneinigkeit" im Bezirk Laupheim klagt dann weiter das führende Zentrumsblatt des Landes. Hier sollte nach den Intentionen der Parteileitung das Mandat im Wege des Erbrechts vom Vater auf den Sohn übergehen. Es tauchten aber gleich zwei Konkurrenten auf, so daß es einige Zeit schien, als ob die Anhänger der „guate Sach" zwischen drei Vertretern des alleinseligmachenden Zentrums zu wählen haben würden. Einer derselben ließ sich schließlich erweichen und verschwand, die beiden andern aber ringen weiter. Dem inoffiziellen Bewerber wird zwar durch die Parteipresse schwer zugesetzt, und auch Gröber wendet sich mit einer scharfen, öffentlichen Erklärung gegen ihn. Dieser „wilde" Kandidat mußte sich gegen den Vorwurf wehren, daß er mit Personen anderer Parteirichtung verkehre! An seiner Zentrumsgesinnung lasse er deshalb nicht zweifeln, erklärte er voller Entrüstung. Gröber mache seine Wahlreisen im Auto eines Israeliten und der Kaplan Storz, der ihn bestürme, zurückzutreten, habe schon Kreuzfixe als Geschenke von Juden angenommen und die seien ihm gewiß ebenso katholisch wie die von Einsiedeln mitgebrachten. Dieser trutzköpfige Herr lehnt es stolz ab, „Kandidat von Kaplans Gnaden" zu sein.

Halb in Verzweiflung geriet schließlich das der Parteileitung dienende Deutsche Volksblatt, als auch noch in dem tiefschwarzen Bezirk Neresheim auf Betreiben eines Pfarrers eine zweite Zentrumskandidatur aufgestellt wurde. Die „Geistlichkeit des Bezirks" wird durch das Zentrumsblatt mobilgemacht, um den von einem Geistlichen auf den Schild erhobenen unechten Kandidaten zur Strecke zu bringen!

Aehnliche Ueberraschungen erleben die liberalen Parteien, die mit Widerständen gegen das Wahlabkommen in ihren eigenen Reihen zu kämpfen haben. Im Bezirk Schorndorf kostete es wochenlang große Mühe, den Kandidatenandrang abzuwehren. Trotzdem tritt jetzt dem offiziellen liberalen Kandidaten ein „wilder" gegenüber. In Urach weigern sich die Nationalliberalen, das Wahlabkommen zu vollziehen und den volksparteilichen Kandidaten zu unterstützen. In Besigheim trat eine ganze Gruppe von Mitgliedern aus der Volkspartei aus, um einen Protestkandidaten gegen den ihnen aufgezwungenen nationalliberalen Bewerber, der dazu noch ein verkappter Konservativer ist, aufstellen zu können.

Bei diesem Wirrwarr in den bürgerlichen Parteien wird es den Gegnern einigermaßen erschwert, die Differenzen in der Sozialdemokratie agitatorisch auszuschlachten. Trotzdem bemühen sie sich mit allen Mitteln, den Streit in unserer Partei neu zu entfachen. Sie werden sich aber damit abfinden müssen, daß die Sozialdemokratie in allen 70 Bezirken des Landes geschlossen auftritt und alle Kräfte aufbietet, um eine Stärkung ihrer Landtagsvertretung zu erzielen.

Die Teuerungs-Demonstration wird — „bestraft"!

Das Geheul der bürgerlichen Presse über die am Sonntag, den 15. September, in Stuttgart stattgefundene Straßendemonstration gegen die Teuerung gab der Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen die Genossen Crispien, Eggert und Westmeyer Anklage zu erheben wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz. Am Freitag kam die Sache vor dem Stuttgarter Schöffengericht zur Verhandlung und endete nach achtstündiger Dauer mit der Freisprechung Eggerts, während Crispien zu 150 Mk., Westmeyer zu 250 Mark Strafe verurteilt wurden.

Bekanntlich war die Demonstration die Folge des Verbots einer auf dem Gewerbehalleplatz geplanten großen Versammlung. An Stelle dessen wurden 23 Versammlungen in geschlossenen Räumen abgehalten und von allen Versammlungen aus zogen die Teilnehmer in losen Gruppen zuerst auf den Schloßplatz, von da am Ministerium des Innern vorbei auf den Marktplatz und schließlich auf den Marienplatz. An diesen drei Stellen wurden von den Angeklagten Ansprachen gehalten. Das Verhalten der Demonstranten war nach dem gerichtlichen Zeugnis des Polizeidirektors, der auf dem Schloßplatz dazu kam, als Crispien redete und mit diesem eine Unterredung hatte, musterhaft. Die Zahl der Teilnehmer schätzt Dr. Bittinger auf 10 000 bis 12 000. Ein einziger Betrunkener habe sich ihm genähert, sei aber von 5—6 Beteiligten zurückgehalten worden. Eine Sachbeschädigung oder Ruhestörung ist, wie Dr. Bittinger erklärte, nicht vorgekommen, aber eine „Verkehrsstörung" sei eingetreten, die Straßenbahnwagen hätten 2—3 Minuten anhalten müssen (!) und von der Masse sei ein Lied (die Marseillaise) gesungen worden! Bei dieser vom Polizeidirektor selbst gegebenen Darstellung wurde das Gewicht der Anklage immer kleiner und kleiner und schließlich schrumpfte die ganze Staatsaktion zusammen auf das furchtbare Verbrechen, eine „nicht genehmigte Versammlung unter freiem Himmel" und einen „Aufzug" veranstaltet und geleitet zu haben. Da es nun dem Staatsanwalt in der Voruntersuchung trotz aller Bemühungen nicht gelungen war, genaueres über die Vorbereitung der ganzen Demonstration zu erfahren, sollten die Angeklagten und eine Anzahl als Zeugen geladene Gewerkschaftsbeamte in der Hauptverhandlung darüber Aufschluß geben. Aber auch das gelang nicht, denn die Angeklagten lehnten es ab, darüber irgendwelche Auskunft zu geben, da sie es nicht als ihre Aufgabe ansahen, dem Staatsanwalt weitere Angeklagte zu liefern. Auch die parteigenössischen Zeugen verweigerten die Aussage mit der Begründung, daß sie durch Beantwortung der gestellten Fragen selbst strafbar machen könnten. Arbeitersekretär Fette verweigerte das Zeugnis trotz wiederholter Befragung auch darüber, was er über eine Versammlung gehört habe, die sich mit der geplanten Demonstration befaßte, an der er aber nicht teilnahm. Gewerkschaftsbeamter Ruff lehnte es beharrlich ab, Mitteilung zu machen über Aeußerungen, die der Angeklagte Eggert zu ihm getan habe wegen der Straßendemonstration. Die Genossen Ruff und Fette wurden darauf wegen unberechtigter Verweigerung des Zeugnisses zu je 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Genosse Crispien gab ohne Einschränkung zu, daß beschlossen worden war, nach Schluß der Versammlungen in losen Gruppen auf den Schloßplatz zu ziehen, aber die Neugierde des Staatsanwalts, wer das beschlossen hatte, konnte nicht befriedigt werden. Ferner wurde eingeräumt, daß aus der Mitte der Versammlungen Aufforderungen ergingen, auf den Schloßplatz zu marschieren, aber die Namen der Versammlungsteilnehmer, die diese Aufforderungen erließen, wurden dem Staatsanwalt nicht genannt. Der Staatsanwalt wollte deshalb den Angeklagten den Mut absprechen, für ihre Taten einzustehen, wogegen die angeklagten Genossen jedoch entschieden Einspruch erhoben mit der Erklärung, es sei Sache des Staatsanwalts, sich seine Angeklagten selbst zu suchen. Als Genosse Eggert mit scharfer Betonung erklärte, er könne den Vorwurf, daß die Angeklagten feige zu kneifen versuchten, nicht in der gebührenden Form zurückweisen, weil er sich bei der Stellung des Staatsanwalts gewisse Beschränkungen auferlegen müsse, sprang der Staatsanwalt erregt auf und erklärte, den Vorwurf in dieser Form nicht erhoben zu haben. Die Verteidigungsrede Dr. Schweitzers schlug dem Staatsanwalt die Waffen kräftig aus der Hand. Eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens werde nicht durch derartige Demonstrationen, sondern durch die nördlich der Mainlinie beheimateten Nutznießer der heutigen Wirtschaftspolitik herbeigeführt, und der Protest gegen diese Politik sei kein Vergehen, sondern ein Verdienst. Eine Versammlung im Sinne des Gesetzes, in der eine im voraus festgesetzte Frage beraten werden sollte, habe nicht stattgefunden. Sonst müßte auch die alljährlich von den Tübinger Studenten in der Nacht zum ersten Mai auf dem Markt veranstaltete Versammlung mit dem Gesang: Der Mai ist gekommen als solche betrachtet werden. Und wie stehe es mit dem unangemeldeten Demonstrationszuge in der Wahlnacht 1907 vor's kaiserliche Schloß?

Kleines Feuilleton.

Der Kapitalismus und die Kokotte.

Nachdem Werner Sombart, der Geist- und Erfindungsreiche, das Judentum zum Vater des modernen Kapitalismus gemacht hat, gibt er nunmehr dem neugeborenen Kinde zur Pflegemutter — die Kokotte. Das „Weibchen" bildet —wie er in seinem Essay über den Luxus im Ancien Régime (Die neue Rundschau, 12, X) behauptet — die Triebfeder des luxuriösen Lebens, das im Zeitalter des Frühkapitalismus einsetzte mit dem erfreulichen Ergebnis, daß das Geld massenweise „unter die Leute kam". Dieser neueste Versuch Sombarts, das Pferd bei dem Schwanze aufzuzäunen und die abgeleiteten Formen des gesellschaftlichen Seins zu dessen leitenden Kräften zu machen, anstatt sie — was die einzig wissenschaftliche Methode ist — aus ihren materiellen Voraussetzungen zu entwickeln, enthält übrigens eine ganze Reihe von amüsanten Kulturbildern, um derentwillen es sich überhaupt lohnt, von ihm Notiz zu nehmen.

Paris und London — zwei Zentren der Kultur von damals — waren auch die Hauptmärkte, auf denen die „kleinen Fräuleins mit der mittelmäßigen Jugend" einen der verlockendsten und begehrtesten Artikel bildeten. Die heutigen bürgerlichen Zeitungen mit ihren „Heirats"annoncen nehmen sich sehr züchtig und tugendhaft aus gegenüber den damaligen Adreßbüchern der Kokotten, die — es handelte sich um das 18. Jahrhundert — in London und Paris regelmäßig erschienen und, wie es sich gehört, reißenden Absatz fanden. Londoner Kalender zeigte nur die besseren Kokotten an und beschrieben sie genau nach Gesichtsbildung, Manieren, Talenten usw. Der Pariser Almanach war etwas demokratischer und enthielt die Adressen der Mädchen „aller Art und aller Klassen". London zählte 50 000 Freudenmädchen oder sogenannte Mätressen, Paris etwa 30 000 Mädchen und 10 000 Mätressen.

Der Geldaufwand, der für diesen Luxusartikel alljährlich gemacht wird, war geradezu enorm. An der Spitze marschierte der französische Hof. Die Liebe zur La Vallière hat Ludwig XIV. zur Erbauung von Versailles getrieben; auf seines Vaters kleinem Jagdschloß von Versailles hatte er die ersten Rendezvous mit ihr gehabt: „Dort auf dem Waldhügel sollte die Geliebte ihres Herrn Zauberschloß aufsteigen sehen." Der Bau, Ausschmückung, Möblierung, Wasserkünste und Gärten von Versailles haben dann etwas über 100 Millionen Frank verschlungen. Madame de Pompadour, die andere Liebe des Sonnenkönigs hat in 19 Jahren nachweislich über 36 Millionen Livres verausgabt. Die Nachfolgerin dieser üppigen Dame, Komtesse duBarry, wartete mit einer Gesamtrechnung von etwa 19½ Millionen auf.

Dieser Liste der galanten Ausgaben des Hofes schließen sich ähnliche Rechnungen kleinerer Sünder an. Die Verschwendung des Nationalvermögens dauert ungeschwächt fort, bis der Orkan der Revolution der schmarotzenden Gesellschaft ihr Lebenslicht (oft im wörtlichen Sinne!) ausbläst. So wenig war übrigens der vorrevolutionäre Luxus eine Lebensnotwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung, daß umgekehrt der Kapitalismus erst dann kräftig einsetzte, als durch Niederreißung der feudalen Schranken eine produktive Verwertung von angesammelten Geldkapitalien in größerem Maßstabe möglich geworden war. Und wenn mit der Niederwerfung der Kokottenherrschaft auch einige Manufakturzweige hart mitgenommen wurden, — es sei nur an das Schicksal der Lyoner Seidenindustrie erinnert — so hatte das für die Gesamtentwicklung ebensowenig größere Bedeutung, als der Kokottenluxus für den Kapitalismus früher förderlich gewesen war. Der Kapitalismus ist doch schließlich ein viel zu ernster Geselle, als daß er seinen Siegeslauf durch den Salon der Kokotte zu nehmen gezwungen war.

Frauenleistungen im Parlament.

Ueber die weiblichen Abgeordneten in Finnland und die von ihnen geleistete parlamentarische Arbeit unterrichtet ein Aufsatz von V. Palen-Kordes in der Contemporary Review. Danach haben die Frauen seit dem Beginn der letzten Sitzungsperiode 29 verschiedene Gesetzesvorschläge eingebracht, von denen die folgenden bisher angenommen wurden: 1. Die Durchführung eines weitgehenden Schutzes von Kindern gegen Mißhandlung; 2. die vollständige Befreiung der Ehefrau von dem gesetzlichen Aufsichtsrecht ihres Gatten; 3. die Erhöhung des Heiratsalters von 15 auf 18 Jahre; 4. die Einrichtung von Kolonien für jugendliche Verbrecher; 5. die Berechtigung der Frauen, in der Abteilung für öffentliche Medizin Anstellung zu finden; 6. die Abschaffung der Polizeiaufsicht über Prostituierte. Unter den von Frauen eingebrachten Gesetzen, über die noch keine Entscheidung gefällt worden ist, findet sich ein Antrag auf Einführung einer Mutterschaftsversicherung, einer auf Berechtigung der Frau, über ihre Kinder verfügen zu können, und einer auf Anstellung von Frauen als Fabrikinspektoren. In allen Fragen, die sich mit den sozialen Verhältnissen und der Hygiene beschäftigen, zeigten die Frauen das regste Interesse. Sie unterstützten einmütig das Gesetz, das die Einfuhr, den Verkauf und den Konsum von Alkohol verbietet. Die Zahl der weiblichen Deputierten im finnischen Parlament schwankt zwischen 19 und 24. Sie gehören den verschiedensten Parteien an. Die Wähler haben mit wenigen Ausnahmen die weiblichen Deputierten wieder gewählt, was als ein Zeichen dafür gelten kann, daß sie mit ihren Leistungen zufrieden sind. Die bedeutendste Persönlichkeit unter den weiblichen Deputierten ist nach der allgemeinen Ansicht Anna Stampe, die mit Ch. Versinen zusammen die Zeitung Der weibliche Arbeiter herausgibt. Ihre ungewöhnliche Laufbahn ist ein Zeichen für das starke Bildungsbestreben, das in der finnischen Frauenbewegung herrscht. Sie war zuerst Arbeiterin und dann Köchin in Helsingfors. Jede freie Minute verwandte sie darauf, um ihre dürftige Bildung der Elementarschule zu vermehren und zu vertiefen, und in harter Arbeit ist sie nun eine der gebildetsten und bedeutendsten Frauen Finnlands geworden. Ihr großes organisatorisches Talent hat sie besonders in ihrer Arbeit für die weiblichen Dienstboten bewiesen; sie ist eine glänzende Rednerin. Jedesmal wurde sie bisher mit einer bedeutenden Stimmenmehrheit gewählt.

Keine gekochte Milch!

Da es in der kühlen Jahreszeit den Hausfrauen und Müttern, welche gezwungen sind, ihren Säugling mit Flaschenmilch zu nähren, viel leichter wird als im Sommer, die Milch frischzuhalten, so dürfte es jetzt wieder an der Zeit sein, daran zu erinnern, daß die Milch beim Kochen eine so durchgreifende Veränderung erleidet, daß ihr Nährwert für den Säugling ganz wesentlich herabgesetzt wird. Das Albumin gerinnt schon bei 60 Grad Celsius. Das Lecithin zersetzt sich beim Kochen vollständig. Zwei Stoffe, welche für den gesunden Aufbau des Säuglingskörpers lebensnotwendig sind, werden also durch Kochen entwertet. Es ist darum kein Wunder, daß beständige Ernährung mit gekochter Milch zu Rhachitis führt. Kälber, die man eine Zeitlang nur mit gekochter Milch genährt hatte, zeigten eine um 59 Prozent geringere Gewichtszunahme als Kälber, die man mit ungekochter Milch genährt. Um aber alle „Keime" zu töten, was man mit dem Kochen erreichen will, müßte man die Milch lange Zeit in einer Hitze von 150 Grad Celsius halten, was die Milch völlig entwerten würde. Eine richtige Haut- und Körperpflege des Säuglings, mit regelmäßigen Bädern, viel Luftbädern, welche die Hautätigkeit und Blutterneuerung anregen, wird am schnellsten dem Säugling die Konstitution schaffen, welche gegen die viel zu viel gefürchtete Uebertragung von Krankheitskeimen sichert. Wichtig ist vor allem auch peinliche Sauberkeit in der Flaschenernährung.

Wie steht es aber mit der Lieferung der angeblich tadellosen Säuglingsmilch? Infolge des schadhaften Flaschenverschlusses ist die schon durch Heustaub, Düngerteilchen, Kotpartikelchen am Kuheuter, unreine Hände der Melkenden und nicht genügend gereinigte Milcheimer verunreinigt in den Handel kommende Milch einer weiteren Verunreinigung und chemischer Zersetzung preisgegeben. In noch höherem Grade ist dies aber der Fall, wenn die gefüllten Milchflaschen auf dem Verdeck des Milchwagens durch die staubreichen Straßen gefahren werden, wie man täglich beobachten kann.

Erstens dürfen Molkereien Kindermilch nur in Flaschen in den Handel bringen, die mit einem einwandfreien Verschluß versehen sind. Zweitens muß das Publikum beim Einkauf von Kindermilch darauf achten, daß der Porzellankorb fest im Flaschenhals sitzt und der Flaschenhals selbst keine schadhaften Stellen (Glassplitterungen) aufweist.

Am besten schützt die Mutter sich, wenn sie jedesmal die Milch durch ein sauberes Tuch schüttet. Niemals sollten aus Sparsamkeit übriggebliebene Reste einer Mahlzeit verwendet und die Säuglingsmilch sollte stets in Kühlräumen aufbewahrt werden. Ein sauberer Kühlschrank macht sich in der Säuglingspflege durch Ersparnisse an Doktor und Apotheke reichlich bezahlt, noch dazu er der Hausmutter im Sommer manche sonst verderbenden Speiseüberreste erhalten wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191211 12-18/fragment/page=0005

Damals habe in Preußen ein noch viel schärferes Vereinsrecht gegolten, als heute im Reich.

Gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts, der je fünf Wochen Haft für Crispien und Westmeyer, vier Wochen für Eggert vorsah, beantragte der Verteidiger Freisprechung. Das Gericht kam in der Begründung des oben mitgeteilten Urteils zu dem Ergebnis, daß Eggert keine Handlung nachgewiesen sei, die als „Leitung" bewertet werden könne; bei Westmeyer aber sei als erwiesen angenommen, daß er an den Vorbereitungen und an der Leitung mitgewirkt habe. Crispien habe in seinem Gespräch mit dem Polizeidirektor die Verantwortung übernommen und sich damit als Leiter bekannt. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, daß die Ordnung eine tadellose war. Der Staatsanwalt hatte das Verdienst hierfür der Polizei zugesprochen. Er hat damit insoweit recht, als die Polizei keine Ruhestörungen provozierte und sich überhaupt vernünftig benahm. Tut sie das immer bei solchen Gelegenheiten, so wird die Ordnung stets eine tadellose sein.

Aus der Partei.

Internationaler Kongreß und französischer Parteitag.

Im Dezember sollte ein außerordentlicher Parteitag der französischen Sozialdemokratie in der Grenzfestetzung Belford stattfinden. In Rücksicht darauf, daß die deutsche Sozialdemokratie beantragt hat, den vom Internationalen Sozialistischen Bureau beschlossenen außerordentlichen internationalen Kongreß schon am 24. November in Basel abzuhalten, wird, wenn der deutsche Vorschlag Annahme findet, der französische Parteitag schon am 21. November in Paris abgehalten.

Wiener Demonstration gegen den Krieg.

Aus Wien melden bürgerliche Nachrichtenquellen: Am Sonntag fand in den Sophiensälen eine sozialdemokratische Protestversammlung gegen die Einmischung Oesterreichs in den Krieg statt. Nach Reden der Abgeordneten Schuhmeier, Renner und Ellenbogen veranstalteten 35 000 Sozialisten, denen sich auch eine Gruppe Anarchisten mit roten Bannern anschloß, einen Umzug durch die Ringstraße. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Schweizerischer Parteitag.

Der Parteitag tagte in der Aula der Universität in Neuenburg. Parteipräsident Dr. Studer weist im Eröffnungsworte auf den brennenden Balkan und den entschlossenen Willen des internationalen Proletariats hin, einem Uebergreifen dieses Brandes auf die Großstaaten mit allen Mitteln zuwehren. Auch die schweizerische Arbeiterschaft wird ihre Pflicht tun; sie hat demonstriert in Versammlungen, die nach Zehntausenden von Teilnehmern zählten; sie wird trotz des neidischen Gespöttes unserer Gegner diesen Protest hinaustragen in alle Breiten und Tiefen des Volkes und dasselbe aufklären über das imperialistische Wesen des Kapitalismus. (Starker Beifall.)

Die Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts ergibt eine Erhöhung der Einnahmen um einige tausend Frank, die herrührt von dem starken Mitgliederzuwachs infolge der neuen Parteiorganisation. Bestand die schweizerische Partei im Jahre 1910 aus 20 000—22 000 zahlenden Mitgliedern, so ist dieselbe im Jarhe 1911 gestiegen auf 27 000, also ein Zuwachs von rund 25 Prozent.

Ein Agitator wider Willen.

In Görlitz starb der Erste Staatsanwalt des dortigen Landgerichts, Justizrat Hannemann. Er gehörte zu den Justizbeamten, die die Sozialdemokratie mit einem fanatischen Hasse verfolgen. Ganz besonders hatte es dem Herrn unsere Görlitzer Parteipresse angetan. Er hat die Reichsverbandsdamen aufgefordert, die Inserenten der Görlitzer Volkszeitung zu boykottieren und unser Görlitzer Parteiblatt kann manchen Prozeß auf sein Konto buchen. In einem Prozeß gegen den Verantwortlichen beantragte er, daß unser Genosse bestraft werde wie ein gewerbsmäßiger Verbrecher.

Nun ist er dahin, er, der mit ansehen mußte, wie trotz all seiner Verfolgungen die Sozialdemokratie und ihre Presse in Görlitz immer mehr wuchs, und endlich auch das rote Banner über dem Wahlkreis Görlitz-Lauban gehißt wurde. Es dürfte noch manchem verbissenen Staatsretter ähnlich ergehen.

Gemeindewahlerfolge.

Der erste Tag der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg brachte der Sozialdemokratie einen erfreulichen Erfolg. In dem am 1. April 1910 eingemeindeten Vororten Fermersleben, Salbke, Westerhüfen, Lemsdorf, Rothensee, Cracau und Prester, die zu zwei Wahlbezirken zusammengelegt und zum erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt waren — bis dahin vertraten auf Grund der Eingemeindungsverträge von den ehemaligen Gemeindevertretungen gewählte Vertreter bürgerlicher Richtung die Vororte im Stadtparlament —, wurden von der dritten Abteilung drei Sozialdemokraten, die Genossen Heuneberg, Gericke und Lentz gewählt, und zwar mit großer Majorität.

In Westerland auf der Nordseeinsel Sylt wurde der erste Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Noch im letzten Augenblicke gelang es den Bürgerlichen durch Schwenken mit dem roten Lappen, ein geschlossenes Eintreten für ihre Kandidaten herbeizuführen, wodurch sie ein Mandat retteten.

Gewerkschaftliches.

Wie die „Christen" verleumden!

Der Geschäftsführer der Zweigstelle Lüdenscheid des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Genosse Ferdinand Schmidt, war gelegentlich einer Bauarbeiteraussperrung von den Christlichen schwer verleumdet worden. Der Christliche Wagner hatte behauptet, Gen. Schmidt habe deshalb eine Einigung herbeiführen wollen, weil er bestochen sei. Ein anderer Christlicher namens Reidt hatte behauptet, daß Gen. Schmidt hinter dem Rücken des Christlichen Bauarbeiterverbandes, mit dem zusammen der Kampf geführt wurde, einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen habe und ihn als einen Lumpen bezeichnet. Gen. Schmidt strengte Privatklage an, über die das Schöffengericht in Hagen i. W. verhandelte. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß die Behauptungen der beiden Christlichen unwahr waren und daß Gen. Schmidt völlig korrekt gehandelt hat. Das Urteil lautete gegen Wagner auf 6 Mk. und gegen Reidt auf 10 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten. Ob die schwarze Presse, die seinerzeit die Verleumdungen weiter verbreitete, jetzt soviel Anstand aufbringen und über den Ausgang dieses Prozesses berichten wird?

Lohnbewegung im Zimmergewerbe.

Der bisher bestehende Vertrag in Velten (Mark) lief am 1. Oktober d. J. ab. Die Kündigung und ein neuer Entwurf war schon am 1. Juli den Unternehmern zugestellt worden. Eingeleitete Verhandlungen waren ergebnislos. Bei der einen Firma — drei Firmen kamen in Betracht —, bei der die Arbeitsgelegenheit günstig war, wurde am 8. Oktober die Arbeit eingestellt, nachdem ein nochmaliger Versuch, die Differenzen friedlich zu regeln, gescheitert war. Nach vierwöchentlichem Streik wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach sich der Stundenlohn im ersten Jahr von 60 auf 63 Pf., im zweiten auf 65 und im dritten auf 67 Pf. erhöht; gefordert waren 70 Pf. Die 9½stündige Arbeitszeit sowie alle übrigen Bestimmungen bleiben bestehen. Der neue Vertrag gilt bis zum 31. September 1915.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 11. November 1912.

Preistafeln als Mittel gegen wucherische Händler.

Die Umfrage des Halleschen Statistischen Amtes über die von den Städten gegen die Teuerung erhobenen Maßnahmen haben, wie wir feststellten, ergeben, daß die hiesige Teuerungsdeputation in der Herbeischaffung von Gefrierfleisch, der Lieferung von Milch und Heizmaterial und der Unterstützung kinderreicher Familien anderen Städten noch sehr viel Segensreiches nachahmen könnte.

Bei dem zweiten Abschnitt der Umfrage, der die Einführung von Preistafeln betraf, steht's ebenso.

Die gestellte Frage war dahin zu verstehen, daß Angaben erwünscht wurden über behördlicherseits vorgeschriebene Preistafeln, die ständig in den Verkaufsräumen der Lebensmittelhändler ausgehängt werden, wobei in erster Linie an Preistafeln für die wichtigsten Nahrungsmittel, Brot und Fleisch, gedacht war. In acht Städten bestehen Preistafeln dieser Art. — In fünf Städten sind gemäß ortspolizeilicher Vorschrift die Lebensmittelhändler, insbesondere die Bäcker, Metzger und Fleischwarenverkäufer gehalten, in ihren Verkaufsstellen, oder in einer von der Straße aus deutlich sichtbaren Weise die jeweiligen Preise ihrer Waren anzuschreiben. Für Fleisch finden sich solche Polizeiverfügungen in München und Nürnberg; für Bäcker, Brot- und Mehlhändler ebenfalls in München, dann auch in Dresden und Karlsruhe. Für Brot und Backwaren, mit Ausnahme von Kuchen und Feinbackwerk, sind Preise und Gewicht anzugeben. In Karlsruhe müssen die Tafeln noch besonders am 1. jedes Monats der Polizei vorgelegt werden. In jedem Verkaufslokale muß ferner eine Wage und die erforderlichen Gewichte vorhanden sein, damit der Käufer die verkaufte Ware jederzeit nachwiegen kann. Für Straßburg gilt eine Preistafel der Bäckerinnung, die den Zweck verfolgt, den auf Grund genauer Berechnung den jeweiligen Mehlpreisen entsprechend ermittelten Brotpreis bekanntzugeben.

An einigen Orten (Krefeld undn Hagen i. W.) ist der Versuch, Preistafeln, insbesondere für die Fleischpreise, einzuführen, am Widerstande der Gewerbetreibenden gescheitert. Beachtenswert scheinen auch die Erfahrungen, die man vor einigen Jahren in Chemnitz gemacht hat. Eine Polizeiverordnung, die dort für die Fleischer den Aushang von Preistafeln vorschrieb, ist angefochten und vom sächsischen Oberverwaltungsgericht als unzulässig bezeichnet und deshalb wieder aufgehoben worden.

In der jüngsten Vergangenheit haben in Wiesbaden Verhandlungen zwischen Fleischerinnung und Magistrat mit Beziehung auf die Regelung der Fleischpreise dem Anschein nach zu günstigen Ergebnissen geführt. Zwischen beiden verhandelnden Teilen kam ein Vertrag zustande, wonach unter dem Vorsitz eines Magistratsmitgliedes, das jedoch kein Stimmrecht hat, eine aus je vier Mitgliedern beider Korporationen bestehende Kommission gebildet wird, die jeden Monat die Preise für die Fleischwaren festsetzt. Zugrunde gelegt werden die auf dem Markte gezahlten Viehpreise unter Hinzurechnung der den Metzgern entstehenden Spesen und eines Verdienstes von etwa 14 Prozent. Bei Nichtinnehaltung der festgesetzten Preise verpflichtet sich die Innung, jedes Mitglied in Konventionalstrafe zu nehmen, während die Innung selbst dem Magistrat bei Nichterfüllung der Verpflichtungen, wie sie im Vertrage stipuliert sind, eine Konventionalstrafe zahlen muß. Der Magistrat dagegen wird auf die Dauer des Vertrags, der vorläufig auf ein Jahr festgesetzt ist, von der Errichtung einer Gemeindeschlächterei und der Errichtung eines städtischen Fleischverkaufes Abstand nehmen.

Darüber, ob die in den erwähnten Städten zum Aushang gelangenden „Preistafeln" sich bewährt haben, gibt das Material der Umfrage nur geringe Auskunft. Im allgemeinen erwartet man von ihnen einen preisregulierenden Einfluß. Daß einer vollkommenen willkürlichen Preisfestsetzung im einzelnen Falle durch die Lebensmittelhändler ein Riegel vorgeschoben werden kann, läßt sich nicht verkennen. Der Umstand, daß man sie an den Orten, wo sie einmal eingeführt sind, nicht wieder beseitigt hat, spricht jedenfalls nicht gegen die Einführung derartiger Einrichtungen. — Das konsumierende Publikum würde diese Einrichtung auch hier jedenfalls begrüßen. Und der Oberbürgermeister gibt es ja selbst zu, daß die Stadt kompetent ist, die Bevölkerung energisch vor Uebervorteilung zu schützen. Allerdings dürfen an den Preistafeln die übrigen, viel weitergehenden direkten Maßnahmen der Stadt gegen die Teuerung nicht scheitern.

Die Berufsfeuerwehrleute organisieren sich.

Strenge militärische Disziplin herrscht bei den Berufsfeuerwehren. Der Berliner Feuerwehrkonflikt hat dies ja zur Genüge gezeigt. Tanzen die uniformierten Proletarier nicht nach der Pfeife ihrer Vorgesetzten, so droht ihnen die Entlassung. Vielfach sind sie schlechter daran als gewöhnliche Arbeiter. Trotzdem finden wir nur vereinzelt eine nachdrückliche Interessenvertretung der Berufsfeuerwehrleute. Ihre Organisation ist stark zersplittert. Die Mehrzahl ihrer Vereinigungen stellen sich auf den Boden nationaler Berufsvereinigungen; wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder wagen sie nicht zu propagieren. Das haben speziell die Delegiertenversammlungen des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner bewiesen. Obwohl die Dienstbereitschaft der Berufsfeuerwehr außerordentlich ausgedehnt ist, zumeist 48, ja sogar 72 Stunden beträgt, seltener nur 24 oder 36 Stunden, wird von den Wehrmännern nur wenig unternommen, um hier Aenderungen herbeizuführen. Blasse Furcht bemächtigt sich ihrer, wenn sie einmal ihren Vorgesetzten gegenüber ihre Interessen vertreten sollen.

Demgegenüber ist es nur zu begrüßen, wenn die kleine Schar der im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Berufsfeuerwehrleute sich in einer Eingabe an den Bundesrat mit dem Ausbau des Dienstunfall-Fürsorgegesetzes beschäftigt und dazu folgende Anträge gestellt hat:

„Die ununterbrochene Dauer des Wachdienstes für Berufsfeuerwehrleute darf nicht länger als 24 Stunden währen. Dem Wachdienst hat eine 24stündige wachefreie Pause zu folgen. In der wachefreien Pause können die Berufsfeuerwehrmänner zum Arbeits- und Sicherheitswachdienst herangezogen werden, jedoch darf diese Beschäftigung nicht länger als fünf Stunden dauern. Wird ein Wehrmann während der Nachtzeit zu einer Sicherheitswache von mehr als vierstündiger Dauer herangezogen, so ist er in der zwischen zwei 24stündigen Wachdiensten liegenden 24stündigen wachfreien Zeit von jedem weiteren Arbeitsdienst zu befreien. Nach einer weiteren 24stündigen Wache, also an jedem vierten Tag, ist den Berufsfeuerwehrmännern vollständig dienstfrei zu geben. Ausnahmen hiervon sind nur zulässig für Hilfeleistungen bei Feuers-, Wassers- oder sonstigen Gefahren und in dringenden Fällen für Sicherheitswachdienst. Zu Arbeiten, die einen Aufschub vertragen, dürfen sie unter keinen Umständen herangezogen werden. — Bei der Pensionsberechnung sind die für die Beamten der gleichen Stadt geltenden Bestimungen in der Weise anzuwenden, daß für das Personal der Berufsfeuerwehr die zurückgelegten Dienstjahre mindestens 1½fach gezählt werden."

In der Begründung wird auf die jetzige lange Dauer des Wachdienstes und der damit verbundenen Schädigung der Gesundheit des Wehrmannes verwiesen. Wenngleich von den meisten Verwaltungen versucht wird, die für den Wachdienst notwendigen Einrichtungen in hygienischer Beziehung möglichst einwandfrei zu gestalten, so mangelt es doch an so manchem. Die fehlende Nachtruhe beeinträchtigt eben die Gesundheit der Wehrmänner außerordentlich. Auf Wache müssen sie in den Kleidern schlafen, im Interesse der so notwendigen schnellen Dienstbereitschaft. Selbst in den bestventiliertesten Schlafsälen, in denen 20 und mehr Mann mit ihren oft feuchten und mit Brandgeruch behafteten Kleidern ruhen, bildet sich eine unerträgliche Atmosphäre, wodurch der Schlaf weder gesund noch erquickend wirkt. Fortwährende Dienstbereitschaft, wechselseitiger Postendienst, öfterer Alarm, die Einflüsse der Witterung, Einatmung giftiger Gase und Rauch und ähnliches müssen dem kräftigsten Körper die erforderliche Spannkraft und Elastizität nehmen. Unfälle in größerem Umfange bleiben daher nicht aus. Als sicherstes und wirksamstes Mittel zur Abstellung dieser Uebelstände wird deshalb die Kürzung des Wachdienstes und die Verlängerung der wachfreien Zeit angesehen. Soll hierin eine nachhaltige Verbesserung eintreten, so werden die Berufsfeuerwehrleute wohl noch mehr wie bisher sich in einer wirklichen Organisation zusammenscharen müssen. Im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter werden ihre Interessen nach jeder Richtung hin gewahrt. Mögen sie sich dessen bewußt werden.

Gegen Kriegsgeschrei und Junkerherrschaft.

Es fanden am Sonnabend im Augustmnianschen Lokale zu Osmünde und am Sonntag in der Erholung zu Lettin Versammlungen statt, die gegen Junkerherrschaft, Volksverelendung und Völkermord protestierten. Die Versammlung in Lettin war überfüllt und auch die Versammlung in Osmünde war stark besucht. Namentlich die Bewohner der umliegenden Orte waren trotz der ungünstigen Witterung und der unerhört schlechten Wege sehr zahlreich erschienen. In beiden Versammlungen referierte unser Reichstagsabgeordneter Fritz Kunert, der lebhaften Beifall erntete und die Erschienenen zu lebhaftester Kampfesstimmung hinriß. — In Osmünde wurdgn in der Versammlung sieben neue Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein und eine Anzahl neuer Volksblattabonnenten gewonnen.

In beiden Versammlungen wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Männer und Frauen protestieren gegen Junkerherrschaft, Volksverelendung und Völkermord. Sie erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, der in seiner Rede die Begründung des dreifachen Protestes gegeben hat. Sie versprechen, durch kräftige Agitation und umfassende Organisation die große Sache der modernen Arbeiterbewegung zu fördern, um dadurch dazu beizutragen, der Entrechtung, der Teuerung und dem Kriege ein Ende zu bereiten.

* **Heraus aus der Kirche.** Der Freidenkerverein weist hiermit auf den Aufruf zum Kirchenaustritt im Inseratenteil dieser Nummer hin. Wer nicht noch länger als bis Ende 1913 Kirchensteuern bezahlen will, muß unverzüglich, spätestens bis 1. Dezember ds. Js. seinen Austritt anmelden. Nach einer Wartezeit von vier Wochen, jedoch vor dem Ablauf der sechsten Woche muß der Austritt vom Antragsteller mündlich auf dem Amtsgericht zu Protokoll gegeben werden.

Anmeldungen zum Austritt nehmen die im Aufruf genannten Genossen, sowie alle Vorstandsmitglieder des Freidenkervereins entgegen.

* **Zur Sontagsruhe-Bewegung.** Die Kontrollkommission des Handlungsgehilfenverbandes ersucht uns mitzuteilen, daß ein kurzer, zusammenfassender Bericht über die Kontrollgänge auch der beiden letzten Sonntage erst nach der allgemeinen Kontrolle am nächsten Sonntag erscheinen soll.

Erklärungen von Geschäftsinhabern, die ihre Bereitwilligkeit zum Sonntags-Frühschluß aussprechen wollen, werden entgegengenommen von der Firma W. F. Wollmer, Gr. Ulrichstraße, sowie von Herrn Joh. Sanow, Geiststraße 5. Daselbst können auch die betr. kleinen Aushangschildchen in Empfang genommen werden.

An die organisierte Arbeiterschaft richten wir das dringende Ersuchen, die Bewegung weiter zu unterstützen und Einkäufe nur wochentags zu besorgen.

* **Leerwohnungszählung vom 1. November 1912.** Die Zählung der Leerwohnungen hat festgestellt, daß in unserer Stadt am 1. November 1912 673 reine Wohnungen und 38 Wohnungen, die mit Geschäftslokalen in unmittelbarem Zusammenhange stehen, zusammen 716 Wohnungen leer standen; das sind 1,54 Proz. des Bestandes aller Wohnungen. Im Vorjahre wurden 815 Wohnungen als Leerobjekte festgestellt, gleich 1 80 Proz. des damaligen Wohnungsbestandes.

Bettfedern-Dampf-Reinigungs-Anstalt
mit elektrischem Betrieb.
3740 Moderne, vollkommenste Anlage. — Gründliche Reinigung. — Täglich im Betrieb.
Abholung und Zusendung der Betten kostenlos.
Fertig genähte Inletts, nur bewährte Qualitäten, in grosser Auswahl.
Eduard Graf,
HALLE a. S.,
Marktplatz 10—11.
Telephon 2852.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219121112-18/fragment/page=0006

Die Zahl der Leerwohnungen hat sich also auffallend verringert, so daß von einem Wohnungsmangel gesprochen werden muß, der sicher bei den kleinsten Wohnungen wieder am krassesten ist.

Wie das Verhältnis der leerstehenden zu den besetzten Wohnungen innerhalb der einzelnen Stadtteile und in den verschiedenen Größenklassen der Wohnungen am Zählungstage gewesen ist, soll in einer Beilage zum Statistischen Monatsbericht für Oktober dieses Jahres, der Anfang Dezember erscheint, näheres gebracht werden.

Apollo-Theater. Das Gastspiel des Dengg'schen Bauerntheaters brachte gestern das bekannte Almenrausch und Edelweiß, Oberbayrisches Charaktergemälde mit Gesang und Tanz in fünf Aufzügen von Hans Neuert auf die Bretter. In dem Stück, das allzustark auf Bühneneffekte zugeschnitten ist und bald aus dieser Sentimentalität in jene Rührszene verfällt, werden uns in bunter Reihe eine ganze Anzahl echt oberbayrische Typen vor Augen geführt, die eben mehr oder weniger nur der trefflichen Darstellung der Künstler einen Erfolg zu verdanken hatten. So gab Hans Werner einen Büchlbauer und Frau Direktor Dengg die Sennerin Evi, wie sie besser nicht gebracht werden konnten. Herr Raab als Sohn des Büchlbauer und Herr Fuchs als Landschaftsmaler spielten naturgetreu. Herr Edi Hertl als Hias, Herr Kirchner-Lang als Gendarm verstanden mit ihrem trockenen Humor das ganze Haus anzustecken. Frau Zenzi Späth, als Weib des Büchlbauern, hatte wohl nicht die richtige Auffassung ihrer Rolle. Der Dichter hat wohl bei der Schaffung dieser Rolle, eine Thomasche Magdalena vor Augen gehabt und von dieser — mit Frau Direktor Dengg — bis zur Margarete — zeigte Frau Zenzi Späth eine weite Kluft. Der herrschaftliche, gehässige Jäger Gaberl wurde von Herrn Pauli Kiem gut gezeichnet. Frl. Josefa Kainz als Hochzeiterin durfte ihren wirklichen Zukünftigen doch wohl etwas „gnädiger" behandeln. Herr Wastl Witt verkörperte den richtigen Wildbieb, die gleiche Leistung bot Frl. Raab als Sennerin. Die Schuhplattler-Tänze sowie die Piecen des Virtuosen-Terzetts fanden geradezu jubelnden Beifall des ausverkauften Hauses.

* **Stadttheater.** Für Dienstag ist die letzte Aufführung von Margarete angesetzt. Den Faust singt erstmalig Herr Fürbach. Mittwoch als 68. Vorstellung im 4. Viertel zum letzten Male Nordische Heerfahrt; Donnerstag als 67. Vorstellung im 3. Viertel zum letzten Male Stella maris. Freitag Gerhart Hauptmann-Feier; 5. Vorstellung im Zyklus zu Ehren zeitgenössischer Dichter Hanneles Himmelfahrt. Sonnabend: Lohengrin. In der Titelpartie gastiert einmalig Herr Robert Hutt vom Frankfurter Opernhaus, einer der hervorragendsten Tenöre der deutschen Opernbühnen. Gastspielpreise. Vorzugskarten der Literarischen Gesellschaft haben zu Nordische Heerfahrt und Hanneles Himmelfahrt Gültigkeit.

* **Gastspiel des Dengg'schen Oberbayrischen Bauerntheaters im Apollotheater.** Heute, Montag, den 11. November, geht das Ludwig Thomasche Volksstück Magdalena zum vierten Male in Szene. Morgen, Dienstag, den 12. November, findet die Erstaufführung von Bauernleut', drei Akte aus dem Landleben von Hans Werner, statt. Das Stück, das für Halle völlig neu ist, wurde in vielen anderen größeren Städten Deutschlands mit größtem Erfolge aufgeführt. Der Autor Hans Werner ist durch seine Werke: 's Musikantenbirndl, Sündige Liab', Im Pfarrhaus, Um Liab' und Leben bekannt.

* **Zusammenstoß mit der Straßenbahn.** An der Ecke York- und Reilstraße fand zwischen einem Motorwagen der Stadtbahn und einem Milchwagen ein Zusammenstoß statt. Die Schuld soll den Geschirrführer treffen, da er, in vollem Trabe aus der Yorkstraße kommend, den Motorwagen direkt in die Flanke gefahren sein soll. Am Motorwagen wurden zwei Scheiben eingedrückt. Personen wurden nicht verletzt.

* **Jugendliche Sünder.** Zwei hiesige Schulknaben führten bei einem hiesigen Fleischermeister einen Ladendiebstahl aus, wobei ihnen 60 Mk. Bargeld in die Hände fielen. Der Vorgang wurde bemerkt und die Knaben, die die Flucht ergriffen, wurden eingeholt. Das Geld konnte ihnen wieder abgenommen werden.

* **Bahnhofsdiebstähle.** Am 28. Oktober, nachmittags gegen 3¼ Uhr, ist im Wartesaal 3./4. Klasse des Hauptbahnhofes eine sehr große Brieftasche aus braunem, genarbtem Leder mit Papieren aus einem Ueberzieher gestohlen worden. Die Papiere sind bis auf zwei Briefe von der Universität am 29. Oktober nachmittags von Weißenfels aus dem Geschädigten durch die Post zugesandt worden. Der Dieb dürfte demnach am 28. oder 29. geschäftlich nach Weißenfels gefahren sein, kann aber auch dort wohnen. — Da wiederholt Diebstähle dieser Art auf dem Bahnhof vorgekommen sind, so ist die Ermittlung des Diebes sehr erwünscht. Hierauf bezügl. Mitteilungen sind bei der Kriminalpolizei, Polizeiverwaltungsgebäude, Zimmer 37, anzubringen.

* **Die Feuerwehr** wurde nach der Schallplattenfabrik Halberstädter Straße 12 gerufen, wo in einem Arbeitsraume ein Kessel mit Wachs in Brand geraten war. — Irrtümlicherweise wurde die Feuerwehr nach der Sternstraße gerufen. Ausbrennen von Schornsteinen durch den Schornsteinfegermeister war die Ursache. — Heute früh rückte die Wehr aus, um ein Pferd des Fuhrwerksbesitzers Arnecke, das in der Ulrichstraße gestürzt war, aufzuhelfen.

* **Allerlei Unfug.** In der vergangenen Nacht fand in der Großen Wallstraße zwischen Studenten und Arbeitern eine Schlägerei statt, wobei beide Teile Verletzungen davontrugen. — Unter Besuchern eines Tanzlokals kam es in der vergangenen Nacht in der Reilstraße zu einer Schlägerei, wobei ein Arbeiter durch Stockschläge derart am Kopfe verletzt worden ist, daß er in einer Polizeiwache verbunden werden mußte. — Ein Mann wurde mit einer blutenden Verletzung über dem linken Auge im stark angetrunkenem Zustande in der Kl. Ulrichstraße aufgefunden. Er wurde durch die Krieger-Sanitätskolonne nach seiner Wohnung gebracht. — Zu dem gestern gemeldeten ruhestörenden Lärm auf dem Alten Markt kommt nicht die Verbindung „Franconia" sondern eine andere Verbindung in Frage.

* **Straßensperrung.** Behufs Regulierung wird die Wörthstraße zwischen Cröllwitzer und Dölauer Straße und die Nordstraße zwischen Weißenburg- und Wörthstraße vom 11. d. M. ab auf 30 Tage für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.

Löbejün. Die Gegner sind eifrig beschäftigt, bei der am 14. November stattfindenden Stadtverordneten-Ersatzwahl uns die beiden Mandate zu entreißen. Wir ersuchen alle Arbeiterwähler der dritten Abteilung, für unsere beiden Kandidaten Max Spangenberg (auf 1 Jahr) und Otto Rost (auf 5 Jahre) zu agitieren. Zu der am Dienstag, den 12. November stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung ist jedermann herzlich eingeladen. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann muß der Sieg unser sein.

Das Arbeiter-Wahlkomitee.

Rauendorf. Sittlichkeitsverbrechen. Am Freitag nachmittag wurde auf dem Wege von Lettewitz nach Rauendorf, wie die Hallesche berichtet, von einem unbekannten Handwerksburschen an einem 13jährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Das Mädchen erstattete sofort Anzeige und die Verfolgung wurde nach allen Richtungen aufgenommen. Der Vater des Mädchens nahm die Nachforschung auf eigene Faust vor. Es gelang ihm mit Hilfe des Polizeiwachtmeisters Francke den Verbrecher abends gegen 9 Uhr in der Herberge in Könnern zu ermitteln. Es handelt sich um den 22jährigen Paul Schmidt aus Burg, Kreis Jerichow. Der Täter ist geständig; er treibt sich schon längere Zeit beschäftigungslos umher, als typische Wanderausrüstung wurde ein Schundroman und ein Schlagring vorgefunden. Der Verbrecher wurde in Haft genommen.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Sittenattentäter. Der Schrankenwärter Wilhelm Rohde, ein verheirateter 64jähriger Mann aus Sandersdorf, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er sich im Monat Juli in vier Fällen an schulpflichtigen Mädchen in unsittlicher Weise vergriff. In der Urteilsbegründung hieß es, des Angeklagten alleinstehendes Wärterhaus sei eine Gefahr für die Schuljugend geweien. — Der 37jährige Arbeiter Gustav Schmidt aus Köthschen bei Merseburg, hat im Juli d. Js. an verschiedenen Stellen in Merseburg mehrere Schulmädchen tätlich beleidigt und an einem ein Sittlichkeitsverbrechen versucht. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Fahrraddiebstähle. Der Schmiedegeselle Friedrich Hankel aus Gräfenhainichen wurde zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus und Nebenstrafen verurteilt, weil er als vielfach Vorbestrafter einem Handlungsgehilfen ein Fahrrad entwendet hatte. — Zu zehn Monaten Gefängnis wurde der 24jährige Steinsetzer Gustav Franke aus Bitterfeld verurteilt, der einem Mitarbeiter ein Fahrrad entwendet hat.

Aus der Provinz.

Eisleben. Wo bleiben die Maßnahmen gegen die Teuerung? Drei Wochen sind seit der Stadtverordneten-Sitzung, die einen Ausschuß zur Beratung von geeigneten Maßnahmen gegen die Teurung wählte, vergangen, aber von einem Ergebnis der Beratungen des Ausschusses hört man nichts. Alles ist ruhig. Die bürgerliche Presse schweigt sich vollständig aus, anstatt, wie es ihre Pflicht wäre, durch eine Kritik die „Beratungen" des Ausschusses zu beschleunigen. Wenn das so weiter geht, dann wird die Bevölkerung von Maßnahmen gegen die Teuerung vielleicht überhaupt nichts hören. Es wäre nicht das erste Mal, daß der Teuerungs-Ausschuß versagte. Im vergangenen Jahre hat er gar nichts zuwege gebracht, abgesehen von einem — Seefischkochkursus. Alle fünf Stadtverordnete, die im Vorjahre dem Ausschuß angehörten, sind in der letzten Sitzung wiedergewählt worden. Nach der gemachten Erfahrung des Vorjahres besteht die starke Wahrscheinlichkeit, daß in diesem Jahre auch nichts geschieht. Da ist es Sache der Bevölkerung, daß sie gegen eine so lange währende Beratung protestiert. Der Ruf: Schnell billiges Fleisch! muß in die Ohren des Magistrats und der Ausschußmitglieder gellen. 3000 Mk. sind doch bewilligt. Warum zögert man so lange? Steht das Wohl und Wehe der gesamten Bürgerschaft nicht über dem Vorteil einzelner Interessenten, der Fleischer? Im Ansehen des Magistrats würde es liegen, wenn er zur Eile antriebe. Man nehme sich ein Beispiel an der Nachbarschaft Halle, wo man eifrig bemüht ist, der Not zu steuern. Der Marktbericht vom 9. November verzeichnet den gezahlten Preis für ein Pfund Rindfleisch von einer Mark. Dafür gibt es aber nur Ware zum Kochen. Schweinefleisch wird von 1,00 Mk. bis 1,10 Mark angeführt. Die Ladenpreise sind im Durchschnitt noch 10—15 Prozent höher als der Marktpreis. Daß die schlecht entlohnte Mansfelder Arbeiterschaft sich da den Fleischgenuß schon abgewöhnt haben muß, ist wohl für jeden vorurteilslosen Menschen klar. Deshalb ist es Pflicht der Kommune, daß sie eingreift und zwar recht schnell und wirksam, damit die unerhört hohen Preise auf eine erträgliche Höhe zurückgehen.

— Kindesmord? Bei der 19jährigen Tochter einer hiesigen Gastwirtswitwe wurde am Sonntag in einem Reisekorb die in Verwesung übergegangene Leiche eines Kindes gefunden. Das junge Mädchen, das bisher in Königsberg in Stellung gewesen war, ist heute früh verhaftet worden.

Oberröblingen. Selbstmord. Am Donnerstag abend hat sich der Invalid Kraus in seiner Wohnung erschossen. Lebensüberdruß wird als Motiv der Tat angenommen. — Die Existenz des deutschen Arbeiters soll nach einem bekannten Ausspruch „bis ins hohe Alter gesichert" sein. Daß dem nicht so ist, beweisen die häufigen Selbstmorde hilfsbedürftiger Personen. Hat so ein Unglücklicher auf irgend eine Art seinem Leben freiwillig ein Ende bereitet, so gilt meist Lebensüberdruß als Grund des Selbstmordes. Lebensüberdruß heißt aber auf gut Deutsch: Hunger und Not.

Schraplau. Was war der Grund? Bürgerlichen Zeitungen zufolge soll die Schwester Emma nicht in den Ruhestand getreten, sondern ihres Amtes zwangsweise entboben worden sein. Interessant für die Bürgerschaft wäre es, zu wissen, aus welchem Grunde sich die zwangsweise Amtsentbehung notwendig machte.

Langenbogen. Vermißt wird seit dem 3. Oktober der Invalid Karl Weber. Er begab sich an diesem Tage nach Halle, um Einkäufe zu besorgen. W. ist seit der Zeit nicht wieder in seine Wohnung zurückgekehrt. Alle Nachforschungen waren bisher ohne Erfolg.

Kelbra. Die Stadtverordneten wählten in ihrer letzten Sitzung als Besitzer für die am 2. Dezember in der 3. Abteilung stattfindende Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Tischlermeister Hagedorn als Besitzer die Herren: Tielefeld, Bruno Koch, Karl Klotz sen. und Rob. Hagedorn. Das Terrain um den Brunnen am Hospital soll um 50 Zentimeter erhöht werden und belaufen sich die Kosten hierfür auf 54 Mk. In die Kommission zur Vorberatung der Beleuchtungsfrage wurden die Stadtvo. Sondermann, Troebs und Schröter II gewählt. In die Baudeputation an Stelle des Stadtv. Hagedorn wurde Stadtv. Fröhlich gewählt. Die Sparkassenrechnung vom Jahre 1911, die in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 2 314 141,72 Mk. abschließt, wurde von der Versammlung genehmigt und dem Rendanten Entlastung erteilt. Die Sparkassenüberschüsse in Höhe von 16 492,58 Mk. sollen verwendet werden: 500 Mk. als Beitrag zu den Kosten der Diakonissenstation, 500 Mk. als 2. Rate zum Fonds für eine Badeanstalt, 300 Mk. als Beitrag zu den Kosten der Renovierung des Hospitals, 15 192,58 Mk. zur Schuldentilgung auf das Straßenpflasterungsdarlehen. Die Fischerei des verstorbenen Tischlermeisters Hagedorn wurde an den Kaufmann Dienemann zum Preise von 20 Mk. verpachtet.

Bitterfeld. Aus dem Verwaltungsbericht. Zu dem in der letzten Stadtverordneten-Sitzung durch den Bürgermeister Dippe vorgetragenen Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten im Rechnungsjahr 1911 tragen wir folgende Einzelheiten nach: Die Einwohnerzahl betrug am 31. März 1912 **14 950** Personen. Geburten waren 426, Aufgebote 108 und Todesfälle 242. Die Verschönerung der Stadt kostete 7353.15 Mk. Die Straßenbeleuchtung erforderte 8704.02 Mark. Die Gasanstalt lieferte 483 315 Kubikmeter Gas. Vom Elektrizitätswerk wurden 543 501 Kilowatstunden Licht und 2 963 300 Kraft geliefert. An städtischen Steuern wurden **383 878.44** Mark aufgebracht. Das der Stadt gehörige Rittergut Greppin erzielte einen Ueberschuß von 12 420.37 Mark. Die Gesamtschulden der Stadt betrugen 1 860 923.50 Mark. Die Stadthauptkasse hatte einen Ueberschuß von 42 679.96 Mark. Das städtische Wasserwerk förderte 618 500 Kubikmeter Wasser. Die Oberrealschule wurde von 352, die höhere Mädchenschule von 213, die Volksschulen von 2251 und die Fortbildungsschule von 375 Schülern besucht. An den Kursen der neueingerichteten Haushaltungsschule beteiligten sich 139 junge Mädchen. Der Gesamtzuschuß zu allen Schulen betrug 208 068.79 Mark, bei der Armenverwaltung 22 195.34 Mark. Zu der Kleinkinder-Bewahranstalt zahlte die Stadt einen Zuschuß von 1 915.73 Mark. Für die Volks-Bibliothek wurden 300 und für die Volkslesehalle 200 Mark Beihilfe geleistet. An Vergnügungssteuern kamen 6800 Mark ein. Die städtische Feldmark hat eine Größe von 1 349,44 Hektar. Auf allen Gebieten hat ein lebhafter Verkehr stattgefunden und ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Nach dem städtischen Lagerbuche ist das Vermögen der Stadt von 2 203 399.61 Mark um 127 331.81 Mark auf 2 329 731.42 Mark angewachsen.

Roitzsch. Die Gegner an der Arbeit. Seit einiger Zeit sind unsere Gegner eifrig bemüht, auch in Roitzsch einen Jugendverein „Jungdeutschland" zu gründen. Es waren bisher alle dahingielenden Versuche mißglückt und man konnte glauben, die ganze Sache wäre eingeschlafen. Jetzt mit einem Male glaubten die Patrioten die Sache am richtigen Zipfel gefaßt zu haben und gründeten den schon lange herbeigewünschten Verein, nachdem sich einige Lehrer und der Pastor, jedenfalls auf einen zarten Wink von oben, ins Mittel schlugen, damit die Geschichte nur ja nicht wieder schief gehe. Es bleibt kein Mittel unversucht, um die „gute Sache" vorwärts zu bringen; die Handwerker, welche Lehrlinge beschäftigen, werden ersucht, ihre Lehrlinge dorthin zu schicken. Selbst von verschiedenen Gemeindevertretern wird das Werk für ein gutes gehalten. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden ohne viel Schwierigkeit 30 Mk. für die Jugend bewilligt. Hier sieht man wieder einmal recht deutlich, wofür Geld da ist. Bedauernswert ist es aber, daß sogar organisierte Arbeiter einer solchen versteckten Bekämpfung der Arbeiterbewegung — denn das sind die wahren Ziele der Jungdeutschland-Bündelei — Vorschub leisten. Es wäre sehr zu wünschen, wenn sich die Arbeiter lieber um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bekümmerten und nicht dazu beitragen, ihre miserable Lage noch zu verschlechtern. Die Arbeiterschaft von Roitzsch wird ersucht, ihre Kinder nicht zu solchen Spielereien zu schicken, denn dadurch unterstützt sie ihre scharfsten Gegner und bindet sich selbst die Ruten, mit denen man sie züchtigen wird. Arbeiteretern, klärt Eure Kinder darüber auf, was diese mit den Dreiklassenhausmillionen aus dem Boden gestampfte nationale Jugendpflege für Bedeutung hat; dann werden auch die Kinder gerne den Unfug meiden. Abonniere ein jeder auf die Arbeiterjugend, welche alle 14 Tage erscheint und vierteljährlich nur 50 Pfg. kostet. Denn nur in dieser herrlichen Zeitschrift werden die jungen Proletarier über ihre künftige Stellung in der Gesellschaft aufgeklärt. Jedenfalls werden die Arbeiter von Roitzsch und Umgegend sich recht bald mit diesem wichtigen Thema beschäftigen müssen, ehe es zu spät ist.

Eilenburg. Eisenbahnzusammenstoß. Amtlich wird gemeldet: Sonntag früh um 4 Uhr 56 Min. überfuhr der Güterzug 9305 auf Bahnhof Mockrehna das auf Halt stehende Einfahrtssignal und fuhr infolgedessen dem ausfahrenden Güterzuge 6370 in die Flanke. Zwei Zugbedienstete wurden leicht verletzt. Einige Güterwagen entgleisten. Die Lokomotive des Zuges 9305 und die entgleisten Güterwagen wurden beschädigt Beide Gleise waren gesperrt. Das Gleis Kottbus-Halle wurde um 3 Uhr 30 Min., das Gleis Halle-Kottbus um 5 Uhr 40 Min. nachmittags wieder fahrbar. Einige Schnellzüge wurden über Wittenberg geleitet. Der Personenzugverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Torgau. Von der Militärjustiz. Wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung und Beharrens im Ungehorsam war der Arbeitssoldat 2. Klasse Paul Keil vom Kriegsgericht der 8. Division in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Tat ist begangen worden im Festungsgefängnis zu Torgau, wo der Angeklagte eine längere Gefängnisstrafe wegen Fahnenflucht verbüßt. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 28. August d. J. dem revidierenden Beamten gesagt zu haben: „Ich arbeite nicht mehr, ich fasse nichts mehr an!" Dem dreimaligen Befehl, weiterzuarbeiten, kam der Angeklagte nicht nach. Er hat lediglich wegen der Höhe der Strafe Berufung beim Ober-Kriegsgericht in Magdeburg eingelegt. Den Tatbestand gab der Angeklagte zu und führte als Entschuldigung an, er sei an dem Tag über eine zu Unrecht über ihn verhängte Disziplinarstrafe außerordentlich erregt gewesen Dieser Einwand wurde nicht geglaubt und die Berufung deshalb verworfen.

Mühlberg. Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung wurde zuerst zur Kenntnis genommen, daß die Kartellkonferenz vertagt ist. Dann gaben die einzelnen Gewerkschaften Vierteljahrsberichte, aus welchen zu ersehen war, daß alle Gewerkschaften erhebliche Fortschritte gemacht haben. Sodann erstattete der Kassierer Bericht. Es ist eine Einnahme von 131,19 Mk. und eine Ausgabe von 50,30 Mk. zu verzeichnen, so daß ein Kassenbestand von 80,89 Mark verbleibt. Zur Maifondskonferenz soll kein Delegierter entsandt wernen. Die Arbeiten zur Weihnachtsbescherung der Kinder schreiten tüchtig vorwärts; der Bildungsausschuß scheut keine Mühe und Kosten. Mögen die Arbeiteretern den Genossen behilflich sein, dann wird es ein richtiges proletarisches Weihnachtsfest werden.

Leipzig. Der grauenhafte Frauenmord aufgeklärt. Die Polizei stellte fest, daß es sich bei der zerstückelt aufgefundenen Leiche um die 23jährige Ehefrau des inzwischen verhafteten Maurers Rothe handelt. Rothe hat seine Frau, die Kellnerin war, in seiner Wohnung wahrscheinlich in einem Anfall von Eifersucht durch Dolchstiche in den Hals getötet und die Leiche dann zerstückelt. Den Rumpf der Getöteten hatte er in einem Korb in den Wald getragen, war darauf nach Leipzig gefahren, wobei er die Gliedmaßen in einem Paket mitnahm, das er dann im Eisenbahnabteil liegen ließ.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Sunlicht Seife

ermöglicht die Herstellung einer sehr billigen, reinen Schmierseife mit ausserordentlicher Reinigungskraft ohne die sonst diesen Seifen anhaftende ätzende Schärfe. Ein halbes Doppelstück feingeschabt löst man in 1-1½ Liter heissem Wasser unter fleissigem Rühren. Ein viertel Liter genügt zu einem Eimer Wasser!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219121112-18/fragment/page=0007

Stadt-Theater.

Lohengrin. Romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner. — Sogleich das Vorspiel, das in einer für hiesige Verhältnisse bemerkenswerten Reinheit erklang, ließ wieder die sorgende Hand des ersten Kapellmeisters Karl Ohnesorg spüren. Die einzelnen Fäden des polyphonen Gewebes traten plastisch heraus. — Ein besonders geistreich sein wollender Kritiker hat einmal die „epochemachende" Entdeckung gemacht, daß Wagner mit dem Weckenschlag einen Mißgriff begangen habe. Es scheint jenem Entdecker entgangen zu sein, daß das ganze Vorspiel in einem einzigen großen Crescendo verläuft und daß der Weckenschlag mit logischer Folgerichtigkeit den Höhepunkt darstellt. Dies nur nebenbei — Der in der Hauptrolle gastierende Otto Lähnemann von der Braunschweiger Hofoper erfreut sich, wie bemerkbar, von seiner früheren Tätigkeit an unserem Theater noch zahlreicher Sympathien. Er hat die Zwischenzeit gut ausgenützt, und sein gediegenes Auftreten zeigte, daß sein Können sich in aufsteigender Linie bewegt. In der Höhe befleißigt er sich jetzt einer außerordentlich vorsichtigen Behandlung der Stimme. Sein erstes Auftreten war leider nicht recht gelungen. Die Anrede an den Schwan litt unter dem weinerlichen Ausdruck und einigen gepreßten Tönen. Im Verlauf des Abends aber wuchs seine Leistung merklich, in der Szene mit Elsa (dritter Akt) bot er als Sänger und teilweise als Schauspieler sehr Gutes. Noch ein zweites, aber unvorhergesehenes Gastspiel fand statt. Anstelle von E. von Horst sang Dr. Hollenberg vom Altenburger Hoftheater den Telramund und bereitete eine vollkommene Enttäuschung. Von höherer Gesangskunst war leider nichts zu merken. Das war ein Herausstoßen von Tönen, denen jeder metallische Glanz durchaus fehlte. Unbehauene Blöcke, ohne Politur! Die Wirkung war stellenweise geradezu grotesk. Auch die Gebärdensprache ließ alle Wünsche offen. Dieser Telramund verfügte überhaupt nur über eine Bewegung, einen horizontalen Bogen von vorn zur Seite, den er abwechselnd mit dem rechten oder linken Arm oder mit beiden zugleich ausführte. Eine vortreffliche Elsa war Marg. Bruger-Dreys. Man stand unter dem Eindruck, daß sie ihre Rolle wirklich miterlebte. Susanna Stolz bot als Ortrud eine vielversprechend angelegte Charakterstudie. Es fehlt nicht viel, um sie zu einer ausgezeichneten Darstellerin dieses dämonischen Weibes zu machen. Gerade der dämonische Zug ihres Wesens kann noch um einige Grade stärker betont werden. Franz Schwarz als König Heinrich mußte sich erst einsingen, wirkte dann aber sehr sympathisch. Desgleichen Otto Rudolph in der Rolle des Heerrufers. Die Wasserszenen zeichneten sich durch große Lebendigkeit aus. Die Spielleitung lag in den Händen von Theo Raven. Es muß aber leider gesagt sein, daß es nicht genügt, wenn das Auge befriedigt ist. Das Ohr verlangt sein Recht. In dieser Hinsicht blieb viel zu wünschen übrig. In den bewegten Volksszenen ging es stellenweise fast chaotisch zu und man schwebte in Angst, daß die Sache gänzlich aus dem Leime ging. Daß das nicht geschah, ist einzig das Verdienst des umsichtigen Kapellmeisters. Die Chöre im Lohengrin sind eben nicht nur Staffage, sondern sie bilden — und darin liegt ein Teil der reformatorischen Bedeutung Wagners — einen wichtigen dramatischen Faktor. Darauf hat der für die Chorproben verantwortliche Chorleiter Rücksicht zu nehmen, wenn eine harmonische Gesamtwirkung zustande kommen soll. — Die Darsteller wurden am Schlusse lebhaft gerufen, Lähnemann erhielt eine Blumenspende. Wir sind weit entfernt, den Künstlern ihren verdienten Beifall zu mißgönnen, aber wenn es denn durchaus in der Form des Händeklatschens sein muß, so soll das Publikum wenigstens warten, bis das Orchester zu Ende gespielt hat. Leider steht die Unsitte, schon vorher zu beginnen, hier in höchster Blüte. Mit Recht protestierten verschiedene Zuschauer durch Zischen gegen diese Rücksichtslosigkeit.

W. A.

Letzte Nachrichten.

Der Krieg auf dem Balkan.

England und die serbische Frage.

London, 11. November. Die Zeitungen beschäftigen sich mit der Rede des Premierministers. Daily Mail tritt dafür ein, daß Serbien einen Hafen erwerben müsse. Daily Cronicle erwartet, daß der Rat des Ministers Asquith bei dem Grafen Berchtold ins Gewicht falle und die verhältnismäßig unbedeutende Frage eines adriatischen Hafens nicht die gemeinsame Aktion der europäischen Mächte verhindere.

Daily Graphic bemerkt, Oesterreich könne für sich in Anspruch nehmen, daß auch Serbien seine Ansprüche auf einen Adriahafen bis zur allgemeinen Abrechnung aufschiebe.

Die Times begrüßen die Erklärungen des Premierministers über das enge Zusammengehen der Mächte. Das Blatt schreibt weiter: Es wäre unklug, anzuerkennen, daß das albanesische Problem und die serbischen Ansprüche auf einen Hafen oder auf Häfen einen heftigen Streit hervorrufen könnten. Wir sind nicht in der Lage, an diesen Erörterungen teilzunehmen, während die Armeen noch operieren und während der Streit selbst noch keinen offiziellen Charakter angenommen hat. Je weniger darüber vor dem Waffenstillstand gesagt wird, desto besser. Die Politik Englands strebt nach Erhaltung des europäischen Friedens. Diese Politik wird nicht durch heftige Versuche gefördert, für oder gegen stückweise Vorschläge zu Felde zu ziehen, die nur einen Teil und nicht den wichtigsten des großen Problems bilden. Die serbische Macht ist noch nicht in Durazzo, und wenn das Schwert wieder in der Scheide steckt, wird es Zeit genug sein, in Betracht zu ziehen, ob sie am besten dort bleiben würde.

Die „Vermittlung" der Mächte.

Paris 11. November. Mehreren Blättern wird aus Sofia gemeldet, daß die Gesandten Frankreichs, Deutschlands, Rußlands, Englands und Italiens der bulgarischen Regierung ein gemeinsames Vermittlungsanerbieten überreicht hätten. Oesterreich-Ungarn habe es abgelehnt, sich diesem Schritte anzuschließen. Es sei übrigens durchaus unwahrscheinlich, daß Bulgarien diese Vermittlung annehme.

Die Kriegsschiffe der Mächte vor Konstantinopel.

Konstantinopel, 11. November. Gestern wurde ein Irade veröffentlicht, nach dem gestattet wird, daß je ein zweiter Kreuzer der Großmächte, sowie je ein rumänisches, spanisches und holländisches Kriegsschiff die Meerenge passieren. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben das Ersuchen gestellt, zwei Kriegsschiffe passieren lassen zu dürfen.

Allerlei.

Tod durch Verbrennen.

Auf furchtbare Weise hat der 54jährige Schlosser Kaschmikat in Lichtenrade den Tod gefunden. K., der in dem Dr. Pauslettschen Sanatorium in Lichtenrade beschäftigt ist, arbeitete gestern abend in seinem Zimmer bei einer brennenden Petroleumlampe. Hierbei stieß er die Lampe um, wobei diese explodierte. Die sich rasch ausbreitenden Flammen ergriffen auch die Kleider des K., der sofort um Hilfe schrie. Als Bewohner des Hauses hinzukamen und die Flammen löschten, hatte K. bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß er kurze Zeit darauf starb.

Von einem schweren Brandunfall wurde eine Familie in Spandau betroffen. Die Gattin des Bücherrevisors Hannebohm war in der Wohnung dem eisernen Ofen zu nahe gekommen, wobei ihre Kleidung in Brand geriet. Die Frau lief ins Freie, ihr Mann eilte ihr nach und löschte die Flammen mit den Händen zu ersticken. Die Frau hat lebensgefährliche Brandwunden und der Mann schwere Verletzungen an den Händen davongetragen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Inserate verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Quittung.

Für Parteizwecke: Nietleben-Zscherben 100.60, Brachstedt und Umg. 7.—, 17. Distrikt 2.20 15. Distrikt (2. Rate) 20.—, 10. Distrikt (2. Rate) 9.40 Mark. Reinwand.

Gloseti
Man sagt, die meisten Kettenraucher
Sind „Juno" Cigaretten-Raucher.
Fürwahr, ein Wunder nicht zu nennen,
Lernt man der „Juno" Zauber kennen.
Juno Cigarette
10 Stück 20 Pfg.
*1029

Walhalla-Theater.
:: Weinreise' Abschiedswoche. ::
„O, diese Soldaten". Grösster Lacherfolg.
— Letzte Woche die phänomenalen Attractionen: —
Captain Bill Jenkins Komp. — La Gitana.
Willy Meibryck. — Scott Bros. — Kinematograph.
Neu! Neu! Zum 2. Male: „Im Sonnenbad" 6 reizende junge Mädchen.
Gastspiel Miss Millies, das schwarze Nigger-Girl.
Anfang 8 Uhr. Tageskasse von 10—1½ Uhr. 3745

Puppen-Klinik.
Sachgemäße Wiederherstellung.
Reparaturen erbitten recht bald.
C. F. Ritter, G. m. b. H.
Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.
3748
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Leiden Sie an Krampfadern?
Krampfader-Gamaschen, Krampfaderbinden Simplex Benders Idealbinden, Teufels-Diakonbänder, Trikot-Schlauchbinden, Gummistrümpfe sind anerkannt die besten Mittel gegen 1175
F. Hellwig, Halle a. S., Barfüsserstraße 10. Fernruf 2620. Gegr. 1831.

Jede Frau *1182
stellt sich ihre Blusen selbst her nach dem Zuschneide-System Record. Vom Kind bis zur stärksten Figur verwendbar. Im 5 Minuten schon erlernt. Preis mit Anleitung nur 2.75 Mk., auch per Nachnahme.
Schnittmuster-Vertrieb Record, Halle a. S., Steinweg 11, III.

ff. Speisezwiebeln
a Zentner Mk. 1.80, mit Sack (gegen Nachnahme) empfiehlt *1179 E. Bretschneider, Ringleben am Kyffhäuser.

Getragene Langstiefel
fast neu, à Paar 6 Mk.
Wiebachs Schuhwarenhaus, Kl. Ulrichstr. 12. 3741

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.
Zander, Gr. Klausstraße 12. *722
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Feinste Messina-Zitronen
für Wiederverkäufer billigst bei *1185 Bernh. Barth.

Rheinperle Solo
Margarine die Eilingermarken der B. A. H. A. G. f. d. P. u. F.
feinste Butter
In Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
Allein. Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhld.)

Puppen-Reparaturen 3748
werden sachgemäss ausgeführt.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Licht ist Macht.
Wie schütze ich mich vor zu starkem Familienzuwachs?
Die Verhütung der Konzeption ist gesunde Art.
Preis (mit Anhang) 50 Pfg., (ohne Anhang) 30 Pfg.

Kindersegen und kein Ende.
Ein Wort an denkende Arbeiter
v. Fritz Brugbacher i. Zürich.
— Preis 30 Pfg. —
Porto: einzeln 5 Pfg., gesammen 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 9. Nov.

Aufgeboten: Dr. phil. Picard und Katharina Pätzold (Charlottenburg und Augustastraße 7).

Eheschließungen: Buchhändler Seippel und Hildegard Niemeyer (Glauchaerstraße 10 und Zinksgartenstraße 6). Bäckermeister Schmidt und Paula Nickel (Merseburgerstraße 5). Tischler Siegmüller u. Martha Fleischer (Hasenstraße 44). Krankenpfleg. Thieme und Anna Schumann (Kapellengasse 7). Buchhalter Langenstedt und Charlotte Ludwig (Trier und Leipzigerstraße 64). Kaufmann Jäger und Elsa Köln (Bielefeld und Zwingerstraße 18). Telegr.-Assistent Gabelick und Elise Möbius (Erfurt und Mauerstraße 15). Ingenieur Spicher und Elsbeth Schöne (Hochstraße 4). Eisendreh. Schwarz und Luise Sachse (Merseburgerstraße 32). Arb. Goßler u. Emilie Noack (Langestraße 13). Gutsinspektor Alms und Marie Scherf (Stubbendorf und Große Steinstr. 47). Dachdecker Lubert und Berta Nachrodt (Trödel 1). Fleischermeister Kersten u. Emma Hammer (Bringenstraße 23 und Freimfelderstraße 35). Maurer Kloppe u. Martha König (Jakobstraße 30 und Liebenauerstr. 157).

Geboren: Schlosser Klinz T. (Bäckerstr. 1). Former Schneppe S. (Sagisdorferstraße 5). Arbeiter Schmidt S. (Landwehrstraße 14). Kaufmann Meyer T. (Rudolf Haymstraße 21). Bahnarbeiter Melzer T. (Beesenerstraße 11).

Gestorben: Eisenb.-Hilfsschaffners Sperling Sohn, 6 J. (Wolandowskystr. 11). Witwe Böttcher, Luise geb. Geißler aus Hohenmölsen, 42 J. (Bergmannstrost). Eisenhobler Göhlert Ehefr., Emilie gebor. Graß, 38 Jahre (Elisabeth-Krankenhaus). Bierfahrers Kießling aus Merseburg S., 2 Jahre (Klinik). Vr. Arzt Dr. med. Lievers aus Calbe, 49 J. (Bergmannstrost).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a), 9. November.

Eheschließungen: Zimmermann Schettig u. Berta Schmidt (Belfortstraße 1). Arbeiter Hertel und Anna Lessig (Seebenerstraße 39). Kaufmann u. Landwirt Schilling und Anna Schmidt (Lindenstr. 2 und Schillerstraße 29). Lokomotivheizer Wagner und Berta Herrmann (Modelwitz u. Schillerstraße 25).

Geboren: Arbeiter Rothenberg T. (Schulberg 9). Arbeiter Menecke T. (Bergerstraße 2b).

Gestorben: Invalide Holz, 85 J. (Mühlweg 41). Bergmanns Schwinge Ehefrau Auguste geb. Steinkopf aus Zscherben, 49 J. Witwe Auguste Huth geb. Heyenröder, 80 J. (Geiststraße 39).

Apollo-Theater.
Gastspiel des Oberbayrischen Bauern-Theaters.
Spielleitung: Michael Dengg aus Tegernsee. 3743
Heute, d. 11. Novbr., abds 8 Uhr:
„MAGDALENA".
Ein Volksstück in 3 Aufzügen von Ludwig Thoma.
Morgen Dienstag, d. 12. Novbr.: Erstaufführung von „Bauernleut'."
Drei Akte, aus d. Landleben von Hans Werner.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.
Dienstag, den 12. Novbr. 1912:
66. Abonnem.-Vorst. 2. Viertel.
Zum letzten Male:
Margarethe.
Große Oper in 5 Akten von Charles Gounod.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr. 3738
Mittwoch, den 13. Novbr. 1912:
68. Abonnem.-Vorst. 4. Viertel.
Zum letzten Male:
„Nordische Heerfahrt".
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Den verehrl. Abonnenten des 3. u. 4. Viert. zur gefl. Kenntnisnahme, dass sich am Mittwoch u. Donnerstag ein Umtausch als notwendig erweist. Am Mittwoch findet die 68. Vorstellung (4. Viertel) statt, am Donnerstag die 67. Vorst. (3. Viertel).

Gelegenheitskäufe: Schwarze Sammet-Hutformen
für Damen und junge Mädchen
Stück 6, 5, 4, 2.50 Mk.,
solange der Vorrat reicht 3742
nur Schmeerstr. 5, I, Vorderh.

Thüringer Kraftbrot
*1188 Glauchaerstraße 62.

Die Beerdigung der Witwe Auguste Huth geb. Heyenröder, findet am Dienstag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt. Etwaige Kranzspenden an A. Huth, Weidenplan 25, G. p. erbeten. 3736

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191211 12-18/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 265 Halle a. S., Dienstag den 12. November 1912 23. Jahrg.

Die christlichen Gewerkschaften unter römischem Joch!

Wenn und solange sich die christlichen Gewerkschaften dem neuesten Diktum Roms fügen, ist die christliche Gewerkschaftsfrage für Deutschland entschieden. Uneingeschränktes Lob, systematische Förderung der katholischen Fachabteilungen; notgedrungene Duldung der christlichen Gewerkschaften, strengste Oberaufsicht des Klerus über die christlichen Gewerkschaften, damit sie nichts unternehmen, was dem Willen Roms widerspricht. Das ist in Kürze der Inhalt der bekannten, von den katholischen Gewerkschaftlern provozierten Entscheidung des Papstes.

Als die Pfingstbepesche den katholischen Fachabteilern das vollste Lob des Papstes aussprach, und für die Christlichen nur ernste Ermahnung hatte, schrien die Christlichen: „Der Heilige Vater ist falsch informiert.“ Sie drohten damit, daß ihre Geduld nunmehr zu Ende sei. Als dann Uditore Heiner mit seiner jesuitischen Interpretation des Telegramms Oel auf die Wogen zu gießen bemüht war, wurde dieser Versuch zurückgewiesen. Diözesanpräses Dr. Müller verkündete:

„Es muß ein Ende kommen. Und dieses Ende kann nicht die Mahnung sein, es möchten die gegenwärtigen Verketzerungen unterbleiben. . . . Mit Mahnungen ist es hier nicht mehr getan. Es muß ein anderes Ende gefunden werden. Und dieses kann nur sein, eine gründliche Abschüttelung dieser Art frivoler Verdächtigungen.

Der Papst hat keinen Einwand der Christlichen bezahlt und ist um kein Iota von dem Standpunkt des Pfingst-Telegramms abgewichen, allen Bedenken der Berliner Richtung stimmt er zu. Die Fachabteilungen lobt und empfiehlt der Papst rückhaltlos, die christlichen Gewerkschaften duldet er, in Streitfragen haben sich die katholischen Arbeiter an ihre Bischöfe zu wenden und deren Entscheidung soll endgültig sein.

Damit ist den christlichen Gewerkschaften endgültig und unwiderruflich das römische Joch auferlegt. Rom konnte nicht anders, wollte es nicht die Prinzipien verleugnen, die es von jeher auf Arbeiterorganisationen angewendet hat. Arbeiterorganisationen waren für Rom immer nur ein Mittel, um die Arbeiter im Banne der Kirche zu halten. Den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter trat man erst näher, als die rastlos steigende sozialistische Flut die Kirche dazu zwang. „Nicht wir haben die zur Debatte stehenden Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, die sozialistische Bewegung hat uns dazu gezwungen,“ sagt der Bischof Korum auf dem internationalen Christlich-sozialen Kongreß in Lüttich. Nicht nur jede sozialdemokratische, nein, auch jede interkonfessionelle Arbeiterorganisation wurde von dem Klerus bekämpft. Deshalb Vernichtung des Rosenkranz-Hasselmann-Verbandes 1877, des Saarbrückener Rechtsschutzverbandes 1892, deshalb ein ultramontaner Gegenverband gegen den Bergarbeiterverband 1890.

Die sozialistische Hochflut von 1890 legte dem Klerus nahe, sich um die Arbeiterorganisationen zu kümmern, damit er wenigstens die katholischen Arbeiter an der Strippe behielt. Deshalb machte das Hirtenschreiben des deutschen Episkopats vom 23. August 1890 die soziale Frage zum Gegenstand oberhirtlicher Lehrautorität. Genau so, wie dieses Hirtenschreiben riet: „Man flöße den Arbeitern Arbeitsamkeit, Geduld, Genügsamkeit, Sparsamkeit und Bescheidenheit ein“, genau solch eine Genügsamkeits-Bettelsuppe war die Enzyklika-rerum-novarum von 1891. Sie erklärte es, für die Aufgabe der öffentlichen Autorität, die Sicherheit des Kapitalbesitzes zu gewährleisten. Von der Kirche zu duldende Arbeiterorganisationen sollten unter christlicher Leitung stehen.

Um diese Zeit begannen die Ultramontanen mit der Gründung katholischer Fachabteilungen. Die Leitsätze für diese Gründungen, von Hitze und Oberdörffer verfaßt, verurteilten diese Gebilde zu wirtschaftlicher Ohnmacht. Der wirtschaftliche Friede sollte gewahrt, in Streitfällen die Meinung der Arbeitgeber gehört, der sozialdemokratischen Organisation sollten die Arbeiter ferngehalten werden. Der Streik als letztes Mittel sollte den Arbeitern nicht verwehrt werden, „aber schon die lokale und konfessionelle Beschränkung der Organisation, wird die Aufnahme und Durchführung eines solchen kaum möglich erscheinen lassen“.

Als die eigenartigen Verhältnisse im Ruhrgebiet zur Gründung des Interkonfessionellen Gewerkvereins der Bergarbeiter geführt hatten, erklärten die Zentrumsleute das als eine durch die Verhältnisse bedingte Ausnahme. Der Mitbegründer, Kaplan Oberdörffer, trat sogar der anderwärts versuchten Gründung interkonfessioneller Gewerkschaften mit aller Schärfe entgegen.

Wir glauben nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß die Leute vom Volksverein, wenn sie heute noch einmal über die Gründung christlicher Gewerkschaften zu entscheiden hätten, den Weg getrennter evangelischer und katholischer Organisationen vorziehen würden. Der Gewerkverein der christlichen Bergleute wurde zu einer Kampfgewerkschaft, die mit dem alten Verband in Lohn- und Knappschaftsfragen zusammenging, mit ihm gemeinsame Kongresse abhielt, mit ihm streikte. Die christlichen Gewerkschaften besprachen 1899 und 1900 auf ihren Kongressen ernsthaft die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit, zur Durchführung berechtigter Forderungen mit den freien Gewerkschaften zusammen zu gehen.

Gegen diese Absicht trat der Episkopat auf den Plan! Im Fuldaer Pastorale vom 22. August 1900 erklärte er, daß die Religion nicht außer Acht gelassen werden dürfe, bei den Bestrebungen, welche die Förderung der materiellen Standesinteressen, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und dergleichen bezwecke. Die Religion sei selbstverständlich die katholische: denn für katholische Arbeiter und katholische Arbeitervereine gibt es keine andere Norm als jene, welche die Lehre unserer heiligen Kirche bietet, und diese Lehre muß auch der Leitstern bei der Lösung wirtschaftlicher Fragen sein.

Die Fachabteilungen wurden dringend empfohlen. Der Erzbischof Dr. Nörpe von Freiburg verfaßte zu dem Pastorale ein besondere Begleitschreiben, indem er von den christlichen Gewerkschaften sagte:

Es hat sich schon jetzt gezeigt, daß das Wort „christlich“ hier nur ein leerer Schall und ein Aushängeschild ist. Nur der Sozialdemokratie komme diese Bewegung zugute, deshalb sammelt alle katholischen Arbeiter, soweit es euch möglich ist, in katholischen Arbeitervereinen und leitet dieselben nach den Anweisungen des Hl. Vaters.

In den Vereinen sollten nach Bedürfnis Fachabteilungen für die einzelnen Berufe gebildet werden. 1906 billigte der Papst ausdrücklich die Haltung des Bischofs Korum von Trier; auf dessen Bemerkung, er glaube mit seinem Eintreten für die Fachabteiler den Intentionen des Papstes zu entsprechen, antwortete Pius: „Gewiß, das ist meine Intention.“ Pius sprach dann sein Erstaunen darüber aus, wie die Kölnische Volkszeitung es wagen könne, „zu entscheiden, ob seine Kundgebungen nur für Italien bestimmt seien, oder für die ganze katholische Welt“.

In den folgenden Jahren wurde ein immer possierlicheres Rätselraten gespielt: Billigt der Papst die christlichen Gewerkschaften oder nicht? Ein Verbot dieser Gewerkschaften wagte man aus politischen Rücksichten nicht. 1910 dekretierte der Episkopat, daß der Einfluß der Kirche auf die Gewerkschaften zu stärken sei. In einem Silvesterbrief an den Kardinal Fischer bestätigte der Papst 1911 nochmals die Herrschaft der Kirche über die christlichen Gewerkschaften, wie über die katholischen Fachabteilungen. Er freute sich, daß die Bischöfe für beide Verbände gewisse gemeinsame Gesetze, die zu befolgen sind, aufgestellt hätten, „damit sie in den beiderseitigen Gebieten auch ferner für den wahren Vorteil der Arbeitgeber und Arbeiter zum Heil der Religion und der bürgerlichen Gesellschaft sich bemühen“.

Die Vorgänge dieses Sommers sind noch in so frischer Erinnerung, so daß wir auf ihre Registrierung verzichten können. Sie haben nun ihren Abschluß gefunden: Die christlichen Gewerkschaften werden Gewerkschaften von Roms Gnaden sein oder sie werden nicht sein.

Aus der Provinz.

Preußisch-junkerliche Landratsallmacht.

Landrat v. Trotha in Wittenberg gegen die „verbrecherischen Bestrebungen der Sozialdemokratie“.

In der Nummer 215 vom 14. September druckten wir zwei Dokumente ab, die wieder einmal recht deutlich die Art und Weise illustrierten, mit der Junkertum und Bureaukratie in Preußen das arbeitende Volk noch glauben behandeln zu können. Die Gewerkschaften der Maurer und Bergarbeiter in Kemberg, Kreis Wittenberg, wollten am 4. August zusammen mit den Arbeiterradfahrern ein Gewerkschaftsfest feiern, bei welchem auch ein Umzug durch die Stadt stattfinden sollte. Der Bürgermeister des Städtchens versagte den freien Gewerkschaften die Genehmigung zu dem geplanten Umzuge wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ und erteilte dem Antragsteller einen schriftlichen Bescheid, der zur „Begründung“ unter anderem folgende Sätze enthielt:

„Schon die Teilnahme von Kindern an einem öffentlichen Umzuge, der politischen Zwecken dienen soll und in diesem Sinne von den Zuschauern alsbald erkannt werden wird, ist geeignet, die öffentliche Sicherheit insofern zu gefährden, als die Kinder, da sie bei entstehenden Reibereien oder Schlägereien am meisten zu leiden haben werden, erfahrungsgemäß in kopflosser Verwirrung sich und andere, auch eventl. die Zuschauer an der Gesundheit schädigen. Im übrigen wird der geplante Umzug, dessen besondere Berechtigung nicht anerkannt wird, durch Verschärfung der Parteigegensätze die Gemüter erhitzen, was die öffentliche Sicherheit gefährden dürfte.“

Ist schon diese Begründung ein ziemlich starkes Stück, so erreicht der Bescheid, der infolge eingelegter Beschwerde vom Landrat von Trotha in Wittenberg erteilt worden ist, in der Tat den Gipfel behördlicher Mißhandlung des Vereinsgesetzes. Der mit behördlicher Gewalt ausgestattete Junker konnte es sich erlauben, über vier Millionen sozialdemokratischer Wähler, dem dritten Teil des deutschen Volkes, wahre Faustschläge zu versetzen, indem er an den Beschwerdeführer

---

13] [Nachdr. verb.

Lügen.

Geschichten vom Kriege von Gustaf Janson.

In der allgemeinen Eruption von Wildheit, Haß und Bosheit fand Alfonso seine Gedanken lau und nichtssagend. Der Krieg war die Apotheose des Verbrechens, im Vergleich mit der alles klein und gleichgültig wurde.

Sieh, da wälzte sich ein sterbender Araber im Sand, wenige Schritte von der Sanitätskolonne, über der das rote Kreuz auf weißem Grunde flatterte.

Vier oder fünf Aerzte betrachteten neugierig seine konvulsivischen Bewegungen. Ein trotz Staub und Schmutz geckenhaft eleganter Offizier hantierte an einer Kamera, er wollte eine Platte von dieser Szene nehmen und sie als ein Andenken aufheben.

„Der Krieg soll leben!“ brüllte Alfonso, als er an ihnen vorbei rannte. Er hatte sein Gehirn umgekrempelt und rückwärts gedacht; er war fertig. Und alle die andern Tausende und Abertausende von unter gewöhnlichen Verhältnissen anständigen und rechtschaffenen Mitbürgern dachten wie er und handelten danach. Ja, die handelten, während er phantasierte. Wo war doch der Trupp von Gefangenen, denen er eben nachgelaufen war? Ach so, da drüben. Er lud sein Gewehr und fing an, sie mit langen Sätzen wieder einzuholen.

Während er so vorwärts rannte, arbeitete sein Gehirn immer noch mit der neuen Auffassung. Sein Mißtrauen gegen die Führer reute ihn. Sie waren keine Betrüger, das sah er jetzt ein. Sie dachten und fühlten wie er, waren ehrlich und wahr, wußten, was sie taten. Daß er so blind sein konnte! „Hurra!“ Er wollte zeigen, daß er der Ehre wert war, mit den Führern einer glorreichen Nation in eine Reihe gestellt zu werden. Heil ihnen, die es wagen, ein Armeekorps in ein fremdes Land zu werfen, von dem man glaubt, daß seine Bewohner nicht zur Verteidigung gerüstet sind. Diese armseligen Kreaturen, wußten sie denn nicht, daß der Starke tut, was er will?

„Hurra! die Anar . . .“ Unsinn! Diese jämmerliche Anarchie, die sich im Geheimen an heißen Worten berauschte und nie weiter kam als bis zum Attentat auf einzelne Individuen. Reines Pfuschwerk! Dies hier war etwas anderes, Großes, Erhabenes. Eine ganze Nation an der Kehle zu packen und sie zu erwürgen, sie umzubringen, zu vernichten . . .

„Der Krieg soll leben! Hoch!“ Der plötzlich aufflammende Patriotismus, den er bislang immer für jeden, der gerecht denken wollte, nur als ein Hindernis angesehen schenkte ihm ungeahnte Kräfte. Er flog über den Boden das Gewehr hielt er ausgestreckt vor sich hin, der Zeigefinger seiner Rechten lag auf dem Hahn.

In einem unordentlichen Haufen stolperten die Gefangenen den Weg entlang. Ihre Wächter waren es müde geworden, sie immer aufs neue zu mißhandeln, sie wollten am liebsten diese lebendige Last los sein. Alfonso drängte sich zwischen die Soldaten und zielt auf einen am Fuß verwundeten Araber der hinter seinen Unglücksgefährten her hinkte.

„Evviva Italia!“ brüllte Alfonso, als der Schuß knallte.

„Evviva Italia!“ antworteten ein paar Dutzend Stimmen.

„Hurra! der Krieg soll leben!“

Schüsse knallten, Kolbenstöße hagelten, Bajonettstiche wurden ausgeteilt.

Vor Freude bebend lud Alfonso aufs neue. Der unbedeutende Druckereiarbeiter meinte zu wachsen; stand er nicht als Gleichberechtigter neben den „Urhebern des Krieges? War er ihnen nicht ebenbürtig?“

„Hurra für den Krieg! Hurra!“

Da tauchte Rapagnotti, den er eine Weile aus dem Gesicht verloren hatte, neben ihm auf.

„Kümmere dich nicht um die!“ sagte er eilig. „Die besitzen keinen Centesimo! Wir wollen nach der Stadt laufen, da wohnen die Reichen! Komm Kamerad!“

Alfonso starrte ihm überrascht ins Gesicht. Dieser immer hungrige Bauer war ja das reine Lamm.

„Gewiß!“ rief er dann. Die Losung des Krieges war ja: „Raus mit dem Beutel oder dem Leben!“ . . . „Hurra! Vorwärts!“

Er schlug dieselbe Richtung ein wie der andre, bei dem die Habgier jeden Schritt lenkte. Einer plötzlichen Eingebung folgend nahm er den Hut vom Kopfe und steckte ihn auf die Bajonettspitze. Mit dem Gewehr hoch in der Luft, daß die Hahnenfedern im Winde flatterten, schrie er fortwährend:

„Der Krieg soll leben! Hoch! Hoch! Hoch!“ Rapagnotti trabte neben ihm her. Seine Lippen bewegten sich, er betete mit brennender Andacht:

„O Jungfrau, o Königin, du Tochter des himmlischen Vaters, Mutter von Gottes Sohn und Braut des Heiligen Geistes! Du mächtige Fürsprecherin vorm Thron der heiligen Dreieinigkeit, schenk' mir deine Gnade! Ich bitte darum bei deiner unbefleckten Empfängnis, bei deiner göttlichen Mutterschaft; um deiner Freuden, deiner Schmerzen, deiner Ehre willen flehe ich zu dir. Gib mir Kraft und Stärke gegen meine Feinde! Amen!“

Durch sein Gebet gestärkt schrie auch er dann ein schallendes: „Der Krieg soll leben!“

*

Hamza und Hanifa.

In allen Dingen hatte Hamza, den sie den Einfältigen nannten, Zeit seines Lebens Glück gehabt. Das behauptete er oft genug selber.

„Allah hat sich seinem Diener gnädig erwiesen,“ waren seine Worte. Und dann fügte er hinzu: „Selig sind, die reines Herzens sind.“

Jetzt war er sechzig Jahre und wohnte mit seiner gleichfalls bejahrten Hanifa in einer kleinen Lehmhütte vor dem westlichen Stadtor. Wenn er in seinem Garten saß, hatte er auf der andern Seite einen abschüssigen, sandigen Bergrücken und den seit langem wieder verschütteten Wallgraben hinter sich. Während der Regenzeit füllte sich der Graben mit Wasser, und Hamza ging oft auf den Sandhügel hinauf, um diese Gabe des Himmels zu betrachten. Aber zehn Monate des Jahres lag diese breite Spalt in der Erde trocken, der Sand rutschelte an seinen Seiten hinab, und die Fußgänger suchten sich einen Weg über ihn hin. Hinter dem Wallgraben erhob sich eine Mauer, in der die Steine verwitterten. Das Gebiet innerhalb dieser Mauer betrat Hamza selten häufiger als jeden Montag, wenn er seine Datteln zu Markt trug. Sobald der letzte Käufer die letzten Reste seiner Ware zusammengekratzt hatte, hob er seinen Korb auf die Schulter und ging nach Hause. Er hatte die Hauptarbeit für die Woche verrichtet. Vor der Tür seiner Hütte rauchte er hernach seine Pfeife und wartete ruhig auf den nächsten Markttag.

Auf dem Abhang gegen Westen standen seine zehn Dattelpalmen, unter ihnen lag die Hütte. Wenn Hamza gen Norden blickte, konnte er einen Streifen von dem glitzernden Wasser des Mittelmeers unterscheiden; folgten seine Augen dem Weg gen Süden, glaubte er bisweilen die Berge zu sehen, die in der Ferne blauten.

Vor mehr als vierzig Jahren war er mit einem Trupp anderer Berber von dort herabgekommen. Er war damals ein untersetzter, breitschultriger Jüngling und betrachtete mit neugierigen Augen das Neue, das ihm zu sehen vergönnt war. Als er und die acht Gefährten, die alle ausgezogen, das Glück zu suchen, von weitem das westliche Tor von Tripolis erblickten, hielt Hamza an und zeigte auf den Sandhügel, auf dem jetzt sein Haus stand.

„Auf der Stelle will ich altern.“

Die übrigen acht lachten laut, und Ebn Saud, den sie im Stamm „den Schwarzen“ nannten, weil seine Augen dunkel wie Kohlen waren und er einen für seine Jahre ungewöhnlichen Bartwuchs hatte, sagte:

„Ich seh' aber kein Haus.“

„Das werde ich mit meinen eignen Händen auf den Abhang des vordersten Hügels bauen. Zudor will ich zehn Dattelpalmen pflanzen, eine für mich und eine für jeden von euch, weil ihr mich als treue Freunde begleitet habt, die zehnte für meine Frau.“

Die andern acht lachten wiederum, und der lustige Taleb rief:

„Hamza träumt schon von einer Liebsten. Wer soll dir den Hochzeitsreigen singen?“

„Ich träume nicht,“ sagte Hamza ernst. „Ich weiß, daß ich sie hier in der Stadt treffe. Sie soll die Mutter meiner Kinder werden, und wir werden beide in dem kleinen Häuschen altern, das ich mit diesen meinen Händen zu seiner Zeit bauen werde.“

Sein Ernst strich den Scherz von den Lippen seiner Zuhörer, und sie gingen schweigend vorwärts. Sie waren Hamzas Weise gewohnt, und da er von Kind auf immer fromm gewesen und an Gott, den Milden und Barmherzigen geglaubt hatte, machten sie keine Einwendungen.

An der Stadt trennten sich die neun Jünglinge. Ebn Saud und Taleb wurden binnen kurzem Seeleute. Sie dienten auf einer Feluke, die längs der Küste segelte. Das Meer drückte ihnen den Sinn, und nachdem sie eine Zeitlang seine Oberfläche am Bord der Feluke gepflügt, segelten sie eines Tages mit einem großen Fahrzeug, dessen Masten bald aus dem Gesichtskreis verschwanden, nach Osten. Die sah Hamza nie wieder, obwohl sie ihm immer im Gedächtnis blieben.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191211 12-18/fragment/page=0009

ein von Beleidigungen gegen die Arbeiterschaft nur so strotzendes Schreiben folgenden Inhalts richtete:

Königlicher Landrat. Wittenberg, den 30. August 1912.
J.-Nr. 5941 L.

„Auf die Beschwerde vom 14. d. M. eröffne ich Ihnen, daß nach den angestellten Ermittlungen der öffentliche Aufzug, für den Sie die Genehmigung der Polizeiverwaltung in Kemberg nachgesucht hatten, einer **sozialdemokratischen Demonstration dienen** sollte.

Die Polizeiverwaltung hat befürchtet, daß es aus Anlaß dieser Demonstrationen zu Schlägereien kommen könne, in solchen mit Recht eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickt und diese Gefährdung für um so schwerwiegender gehalten, als an dem Aufzuge auch Kinder teilnehmen sollten, für welche die bezeichneten Unzuträglichkeiten in besonderem Maße eine Gefahr bedeutet haben würden. Sie hat deshalb den Aufzug verboten. Es ist dies nur zu billigen; denn **Demonstrationen, wie die in Rede stehende, bezwecken stets die Förderung der verbrecherischen, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Beseitigung des Königtumes und die Wehrlosmachung des Vaterlandes gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie. Es muß deshalb auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sie infolge der berechtigten, tiefen Erbitterung, die sie bei dem ehrenhaften, königstreu und patriotisch gesinnten, durch sie breit herausgeforderten und verhöhnten Teil der Bevölkerung hervorrufen müssen, zu Streitigkeiten zwischen dieser und den sozialdemokratischen Elementen führen, welche den öffentlichen Frieden in der von der Polizeiverwaltung befürchteten Weise stören.** Ich weise Ihre Beschwerde daher zurück. v. Trotha."

Da der Landrat, einer der Edelsten der Nation, für seine, jedes erträgliche Maß übersteigenden Beleidigungen der organisierten Arbeiterschaft natürlich keinerlei ernsthafte Beweise anzuführen vermochte, hatte der Redakteur des Volksblatts energischen Protest erhoben und in einem Preußische Landratsdreistigkeit überschriebenen Artikel das Gebaren des Landrats als den Gipfel landrätlicher Mißhandlung des Vereinsgesetzes bezeichnet. In dem Artikel befand sich weiter die Wendung: „Das auf einer preußischen Landratsstube verfertigte Kulturdokument lassen wir hier in seiner ganzen Schönheit folgen", und am Schlusse befand sich die Bemerkung: „Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Kembergs werden aus den anmaßenden Stilübungen eines preußischen Landrats die rechte Lehre ziehen und auch zur Kräftigung der politischen Organisation beitragen, damit auf gesetzlichem Wege dieser unglaublichen Auslegung eines Gesetzes durch junkerliche Landräte ein Ende bereitet wird."

Zu allem Ueberfluß fühlte sich derselbe Mann, der die „sozialdemokratischen Elemente" in ehrverletzendem Gegensatz zu den „ehrenhaften", königstreu und patriotisch gesinnten Bevölkerungsschichten brachte, und den dritten Teil des deutschen Volkes als verbrecherisch zu bezeichnen wagte, durch obige Bemerkungen in seiner junkerlichen Ehre gekränkt und fand damit in dem in solchen Dingen berühmten Halle einen willigen Staatsanwalt und verständnisvolle Richter. Wegen formeller Beleidigung aus § 185 stand deshalb Genosse Kasparek am Sonnabend vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Halle. Der sehr feinfühlige — soweit seine werte Person natürlich nur in Frage kommt! — Landrat war als Nebenkläger zugelassen und brauchte infolgedessen nicht als Zeuge zu erscheinen, wie es der Angeklagte forderte. Genosse Kasparek, von seinem Verteidiger, der in einer Schöffengerichtsverhandlung zu tun hatte, im Stiche gelassen, verteidigte sich selbst und übernahm die Verantwortung für den Artikel, den er selbst verfaßt habe. Er habe nicht den geringsten Anlaß von seiner durchaus berechtigten Kritik auf nur ein Wort zurückzunehmen. Eine Beleidigung des Landrates liege nicht vor. Das preußische Oberverwaltungsgericht sowie auch das Kammergericht habe wiederholt dargelegt, daß solche Gründe, wie Herr v. Trotha für Verbote von Aufzügen angebe, nicht stichhaltig sein können und dürfen. Leider habe das Gericht es abgelehnt, den Landrat darüber als Zeugen zu hören, ob ihm die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts bekannt waren. Waren sie ihm bekannt, dann habe er die Arbeiterschaft böswillig um ihr Recht geprellt, und waren sie ihm nicht bekannt, dann habe er sich als Beamter nicht hinreichend in seinen Amtsobliegenheiten informiert. Das die Arbeiterschaft schwer beleidigende Schriftstück stehe der Judikatur des Oberverwaltungsgerichts diamentral gegenüber. **Wie kommt ein mit weitgehendsten Machtbefugnissen ausgestatteter Beamter dazu, der Arbeiterschaft, wenn sie ihr Recht verlangt, verbrecherische Neigungen zu** unterschieben? Das Gericht werde sich hoffentlich nicht auf diesen Standpunkt stellen und anerkennen, daß der Aufzug unbedingt genehmigt werden mußte. Wenn in dem Artikel von anmaßenden Stilübungen des Landrats die Rede sei, so sei das vollauf berechtigt; auch die tatsächliche Behauptung von der Mißhandlung des Vereinsgesetzes sei angebracht gewesen. Mit den angeblichen Gründen für seine Gesetzwidrigkeit habe **der Landrat dem vierten Teil des deutschen Volkes als Verbrecher bezeichnet.** In dieser Weise mit einer Partei, die bei der letzten Wahl über vier Millionen Stimmen aufgebracht hat, umzuspringen, das sei ohne Zweifel zum mindesten eine Dreistigkeit. Das Oberverwaltungsgericht habe zum Ausdruck gebracht, auch wenn es sich um Sozialdemokraten handelt, soll man keine nichtigen Gründe bei Verboten anwenden.

Der Staatsanwalt sah den Artikel natürlich als beleidigend an, meinte aber, **an sich müsse man anerkennen, daß der Angeklagte bei Abfassung des Artikels berechtigte Interessen wahrgenommen habe.** Der Landrat wies auf verbrecherische Bestrebungen hin und stellte die Sozialdemokratie in Gegensatz zu den ehrenhaften Bürgern. **Wenn der Angeklagte sich darüber empörte, sei dagegen nicht viel einzuwenden. Man könne annehmen, daß er sich schwer verletzt fühlte.** Aus dem Artikel gehe aber nicht in erster Linie die Absicht der berechtigten Kritik hervor, sondern der Angeklagte wollte dem Landrat „eins auswischen". Der Angeklagte habe nicht bloß kritisiert, sondern auch beleidigt. Wenn er für sich den guten Glauben beanspruncht, dann hätte er auch annehmen müssen, „daß der Landrat im guten Glauben gehandelt hat". **Wenn er auch den ganzen Bescheid des Landrats für gesetzlich unzulässig hielt, so hätte er den Landrat doch nicht herabsetzen dürfen.** Es sei eine **Geldstrafe von 300 Mk.** eventl. 60 Tagen Gefängnis zu beantragen.

Landrat v. Trotha redete im urwüchsigen Junkerton und meinte, er wolle nicht viel sagen, da er sich dem Staatsanwalt „voll und ganz" anschließen könne. Schon die Ueberschrift des Artikels sei „genügend beleidigend". Der Ton des Artikels sei eine einzige Beleidigung (?) seines Amtes und seiner Person. Wie könne da der Angeklagte berechtigte Interessen wahrgenommen haben? Die sozialdemokratischen Bestrebungen habe er „nur im allgemeinen" als verbrecherisch hingestellt. Und was er diesbezüglich gesagt habe, **müsse er heute noch aufrecht erhalten. Alle Umzüge dienten sozialdemokratischer Propaganda in allen Fällen.** Und daß die sozialdemokratischen Ideen **in ihrer Tendenz wie in ihrer Gesamtheit verbrecherisch sind, werde er schon noch nachweisen.** — Diese Darlegungen wurden schließlich auch dem Vorsitzenden zu bunt, der den Landrat unterbrach und meinte, es bedürfe solcher Ausführungen und Beweisführungen nicht. — Der Landrat schloß dann mit den Worten, in der Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten sei nicht einmal zum Ausdruck gebracht worden, daß sich die beteiligten Beschwerdeführer beleidigt gefühlt haben.

Darauf führte Genosse Kasparek aus: Wenn die Beschwerdeführer gegen den Landrat bisher nicht wegen Beleidigung vorgegangen seien, so liege das daran, daß die Regierung in solchen Fällen meistens den Konflikt zugunsten der beamteten Beleidiger erhebe. Im anderen Falle, und würde vor allen Dingen die Strafprozeßordnung die wechselseitige Beleidigung der Beamten nicht fast zur Unmöglichkeit machen, würden die beteiligten Kemberger Arbeiter dem Landrat schon gezeigt haben, daß sie auch noch Ehre besitzen. Ueber die Spitzmarke des Artikels „Landratsdreistigkeit" brauche sich der Landrat gar nicht so sehr zu entrüsten, denn er habe das Reichsvereinsgesetz in einer Weise ausgelegt, die geradezu unglaublich sei und die deutsche Arbeiterschaft ohne jeden ersichtlichen Grund aufs gröblichste beleidigt. Die Judikatur und auch die Literatur zum Vereinsgesetz besage übereinstimmend, daß es zum Verbot eines Aufzuges oder einer Versammlung unter freiem Himmel nicht genüge, auf die Kennzeichnung des Aufzuges als eines sozialdemokratischen hinzuweisen. Das Oberverwaltungsgericht habe vielmehr mehrfach ausdrücklich ausgesprochen, daß nach den geltenden Gesetzen die sozialdemokratischen Veranstaltungen nicht anders als diejenigen anderer Parteien oder sogenannter „vaterlandstreuer" Vereine behandelt werden dürfen. Es genüge auch nicht die entfernte Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, sondern es müßten tatsächlich Anhaltspunkte lokaler Natur vorliegen, um eine Veranstaltung verbieten zu können. Allgemeine Vermutungen und **der bloße Hinweis auf das Bestehen eines gewonnenen Verhältnisses** zwischen den im Orte vertretenen politischen Parteien reichten nicht aus. Diese Judikatur sei aus jedem Kommentar ersichtlich, insbesondere verwies der Angeklagte auf den in der Gerichtsbibliothek vorhandenen Kommentar des Polizeirats Göhrke hin. Ganz in diametralem Gegensatz zu dieser Judikatur habe der Landrat v. Trotha den fraglichen Aufzug verboten, ohne Angabe irgendeiner bestimmten Tatsache lokaler Art, aus der die Gefahr einer Schlägerei gefolgert werden könne. Die Begründung beschränke sich vielmehr gerade darauf, daß ein sozialdemokratischer Aufzug, eine angebliche Demonstration für die verbrecherischen Bestrebungen der Sozialdemokratie vorliege und daß eine Erbitterung der Nichtsozialdemokraten vorliege. Er müsse behaupten, daß der Landrat diese Begründung trotz Kenntnis davon gegeben hat, daß sie dem Gesetz, den Entscheidungen des höchsten preußischen Gerichts widersprach, weshalb er beantrage, dem Landrat die Fragen vorzulegen, ob ihm die Spruchpraxis des Oberverwaltungsgerichts in Sachen des Reichsvereinsgesetzes bekannt sei oder ob er aus Unkenntnis gehandelt habe. Die Beantwortung dieser Fragen sei wichtig, da sie ohne weiteres — falls das Gericht zu einer Bestrafung kommen solle — für ihn strafmildernd ins Gewicht falle. Der Staatsanwalt beantragte die Ablehnung der Fragestellung und **das Gericht beschloß demgemäß, weil die Frage für die Entscheidung der Sache nicht von Erheblichkeit sei.** — Genosse Kasparek wies dann darauf hin, daß gelegentlich der Beratung einer Interpellation über Verstöße gegen das Vereinsgesetz im vorigen Jahre sogar der Staatssekretär Dr. Delbrück in der 191. Sitzung des Reichstags wörtlich folgendes ausgeführt habe: „Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich mit dem preußischen Minister des Innern darin einig bin, daß sowohl bei der Handhabung des Vereinsgesetzes im allgemeinen als auch besonders bei der Entscheidung auf Gesuche wegen Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen grundsätzlich die Heranziehung an sich unzutreffender Gesichtspunkte ebenso wenig zu billigen ist wie diese Verwendung von Scheingründen, die in den tatsächlichen Verhältnissen keine ausreichende Unterlage finden und geeignet sind, den Beamten dem Vorwurf schikanöser Handhabung der Gesetze auszusetzen. Nun, das ist eigentlich selbstverständlich. Der Minister in Preußen hat auch Anordnung getroffen, daß nach diesen Grundsätzen verfahren wird, und er hat den Behörden zur Pflicht gemacht, insbesondere die Judikatur zum Vereinsgesetz zu beachten." Landrat v. Trotha sei von dem Vorwurf, entweder schikanös oder in Unkenntnis der höchstgerichtlichen Entscheidungen gehandelt zu haben, nicht reinzuwaschen. In seiner Beschwerdeantwort und sonst werfe er alles, Partei und Gewerkschaft, durcheinander. Der Ausdruck „anmaßende Stilübungen" beziehe sich darauf, daß dieser Beamte nicht das erste Mal das Reichsvereinsgesetz gemißhandelt habe. Jedenfalls auf Veranlassung des Landrats sei im Februar d. J. in Kleinwittenberg die Beerdigung eines Sozialdemokraten gestört und eine rote Kranzschleife konfisziert worden. Auf eingelegte Beschwerde habe der Landrat das Leichenbegängnis als ein „ungewöhnliches" erklärt und dem Beschwerdeführer schriftlich mitgeteilt, dasselbe „beschränke sich nicht auf den regelmäßigen Zweck eines solchen, dem Verstorbenen und seinen Angehörigen persönliche Liebe und Ehre zu erweisen, sondern es handelte sich, da derartige Schleifen Parteiabzeichen der Sozialdemokratie sind, um eine Kundgebung zugunsten der gemeingefährlichen, auf den Umsturz der bestehenden Staats-, Gesellschafts- und religiösen Ordnungen unseres Vaterlandes gerichteten, **auf das schärfste zu verurteilenden und mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu bekämpfenden Bestrebungen der Sozialdemokratie".** Auch sonst sei der Landrat sehr vielseitig und kümmere sich um Dinge, die mit seiner amtlichen Tätigkeit nicht im Einklang zu bringen seien. — Der Vorsitzende wandte ein, das gehöre nicht zur Sache. — Genosse Kasparek entgegnete jedoch, auch damals habe der Landrat ungesetzlich gehandelt, denn der Mann, der wegen angeblichen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagt wurde, sei freigesprochen worden. Wenn man solche Darlegungen nicht zulasse, dann beschränke man dem Angeklagten das Recht der Verteidigung. Er ersuche, da er als Mitglied und Angestellter der aufs schwerste beleidigten sozialdemokratischen Partei zweifellos in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, in erster Linie um seine Freisprechung, im Falle einer Verurteilung möge das Gericht auf die niedrigst zulässige Geldstrafe von 3 Mk. erkennen.

Das Gericht verhängte aber die beantragte **Geldstrafe von 300 Mark** ev. 60 Tage Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es u. a., der Artikel wende sich auf das schärfste gegen die landrätliche Beschwerdeantwort, wobei dem Angeklagten vorwerfen zugute gerechnet werden müsse, daß er sich als Redakteur und auch als Angehöriger der sozialdemokratischen Partei heftig angegriffen glaubte. **Eine Kritik sei also wohl berechtigt gewesen.** Der Angeklagte habe aber nicht bloß kritisiert, sondern in der Hauptsache beleidigt. Aus den Worten Landratsdreistigkeit, der ironischen Wendung mit den Worten Kulturdokument und ländrätlichen Stilübungen, gehe hervor, daß er dem Landrat etwas anhängen wollte. Dabei habe das Gericht den Satz von dem **Gipfel landrätlicher Mißhandlung des Vereinsgesetzes bei der Beurteilung ausgeschieden** und diesen Satz demnach unter die berechtigte Kritik fallend betrachtet. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten habe aber auf die beantragte Strafe erkannt werden müssen.

*

Das Urteil wird, wie so viele andere, in den weitesten Schichten des Volkes nicht verstanden werden. Man halte sich den Gang der Dinge noch einmal klar vor Augen: Ein mit politischen Machtbefugnissen ausgestatteter, zweifellos gebildeter Beamter, behauptet, wenn Arbeiter in einem weltabgeschiedenen Städtchen einen Umzug veranstalten wollen, der jedem Kriegerund sonstigen nationalen Verein genehmigt wird, dann handeln sie verbrecherisch, dann wollen sie das Königtum abschaffen, das Vaterland wehrlos machen, die ehrenhaften, königstreu und patriotisch gesinnten Nichtsozialdemokraten zu Tumulten aufstacheln und den öffentlichen Frieden stören. Ungehindert und ungestraft darf ein preußischer Landrat im Gerichtssaal diese unerhörte Beleidigung wiederholen, ein sozialdemokratischer Redakteur aber, der gegen die maßlose Beschimpfung seiner Parteigenossen mit Recht protestiert, wird bestraft! Von Rechts wegen! Dem Landrat, der — ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt — seine Amtspflicht verletzt hat, springt der Staatsanwalt mit dem Beleidigungsparagraphen zu Hilfe, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hingegen müssen sich als Verbrecher bezeichnen lassen, wenn sie gleiches Recht beanspruchen! Das ist deutsches Recht!

Merseburg. Ein Jahr Urlaub sah sich der Landrat unseres Kreises, Graf Clairon d'Houssonville, genötigt, Gesundheitsrücksichten wegen nachzusuchen. Mit dem 1. Januar kommenden Jahres gedenkt der Herr Graf aus dem Kreishaus, das er seit dem Jahre 1897 bewohnte, auszuziehen. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamts ist der Regierungsassessor Freiherr v. Wilmowski, der älteste Sohn des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, beauftragt worden. Die Vertreter des Bürgertums scheinen zur Besetzung solcher angenehmen Posten noch immer nicht geeignet zu sein.

Raßnitz. Selbstmord eines Dienstmädchens? Am Freitag mittag wurde am Ufer der Elster die 16jährige Dienstmagd Frida Voigt aus Rößlitz erschossen aufgefunden. Ob Selbstmord vorliegt und was das junge Mädchen in den Tod getrieben haben könnte, ist noch nicht festgestellt. Das Mädchen war bei dem Gutsbesitzer Ziegler in Stellung.

Nebra. Arbeiter, hallet den Boykott hoch! An die Arbeiterschaft wird erneut die dringende Mahnung gerichtet, im Kampfe um die Erlangung eines Lokals nicht zu erlahmen. Wir haben über zwei Lokale, den städtischen Ratskeller und den Preußischen Hof, die Sperre verhängt. In dem Vertrage, den die Stadt mit dem Pächter des Ratskellers abgeschlossen hat, steht der Passus, daß dieses Lokal jeder Partei entzogen sei. Dieser famose Passus ist bis heute auch innegehalten worden, weil die Bürgerlichen — ein anderes Lokal zu Versammlungen haben, und zwar den Preußischen Hof. Nun hatte der Besitzer dieses Saales während der Reichstagswahl das Versprechen abgegeben, gleichfalls keiner Partei seinen Saal freizugeben. Aber der Liberale Koch und der Konservative Niele aus Starsiedel schwangen im Preußischen Hof ihre Reden gegen die Arbeiter, und diesen Mittwoch kommt ein Agitator vom sattsam bekannten Bund der Landwirte, um die Teuerung wegzuleugnen. Hoffentlich bleiben die Bündler unter sich. Die Nichteinhaltung des gegebenen Versprechens zeigt nur zu deutlich die Mißachtung, die der Arbeiterschaft von dem gesamten Gegnern entgegengebracht wird. Aber diesen Leuten muß gezeigt werden, daß die Solidarität der Arbeiter kein leerer Wahn ist und daß dieselben den Kampf mit schärferen Waffen weiter führen werden, bis die Gleichberechtigung errungen ist.

Halberstadt. Verhängnisvolle Hochzeitsfahrt. Als sich Sonntag vormittag eine Hochzeitsgesellschaft aus Böhmshausen in einem Einspänner hierher zur Trauung begeben wollte, kam der Wagen in der Wernigeroder Straße ins Rutschen und prallte gegen einen Mast der elektrischen Leitung. Sechs Personen wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Bestbewährte gesunde und magendarmkranke Kinder-Nahrung KufeKe Krankenkost Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder. *1174

Warum kann Knorr für 10 Pfennige 3 Teller gute Suppe liefern?

Weil in dem großen, circa 40 Jahre bestehenden Fabrikbetriebe alle Vorteile des Einkaufs, der Herstellungsweise und des Vertriebes sich vereinigen. Jeder, der für 10 Pfennige einen Knorr-Suppenwürfel kauft, zieht aus all diesen Vorteilen Nutzen.

Probieren Sie einen Knorr-Suppenwürfel, er ist besser als andere!

*1177

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191211 12-18/fragment/page=0010